**PROTOKOLL**

**über die 42. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr**

**am Donnerstag, 19. September 2002, im Rathaus, 1. Stock hinten,**

**Gemeinderatssitzungssaal.**

**Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr**

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Oppl

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Stephan Keiler, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Dr. Gerald Schmoll, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: Mag. Gerhard Klausberger, Walter Gabath, Ing. Klaus Hoflehner, Hans Payrleithner

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

GHJ2-42/02 Erweiterung der Fachhochschule; Ankauf der Liegenschaft Wehrgrabengasse 9 von Herrn Arno Heimel; Zahlung von Umzugskosten; Ablöse für vorgenommene Adaptierungen sowie Mobiliarablöse.

**BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:**

1) Präs-78/02 ELWI BauGesmbH; 4400 Steyr, Rooseveltstraße 14; Abschreibung offener Forderungen.

**BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

2) K-62/02 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2002.

3) ÖAG-20/02 Ankauf einer Fläche im Bereich des Alten- und Pflegeheimes Münichholz von der Wohnungsanlagen GesmbH.

4) Präs-685/96 Festlegung eines Kostenrahmens; Zustimmung zur Vergabe der notwendigen Arbeiten durch die Wohnungsanlagen GesmbH.

5) Fin-215/02 Projekt „Produktionsschule Steyr"; Realisierung.

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:**

6) GHJ2-51/02 Ankauf einer Fläche im Bereich der B 115 Eisenbundesstraße und der ehemaligen Trasse der Bundesstraße; Abgabe einer Erklärung gegenüber dem Amt der OÖ. Landesregierung.

7) GHJ2-54/02 Erneuerung der Dachfläche Schlossparkpavillon; Blumauergasse 1.

8) ÖAG-31/96 Abschluss eines Mietvertrages mit der Eckelt Glas GesmbH über eine Teilfläche des Grundstückes 1694/6; Grundbuch Steyr.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:**

9) Stw-84/02 Wasserverband „Region Steyr" - Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01, 02 und 04; Erlass des Amtes der OÖ. Landesregierung; Änderung der Darlehenskonditionen.

10) Stw-83/02 Städt. Verkehrsbetrieb; Einbeziehung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt in den OÖ. Verkehrsverbund; Vertragsabschluss.

11) Stw-52/02 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Hallenbad und Sauna per Oktober 2002.

12) Stw-51/02 Städt. Kunsteisbahn (Eislaufplatz); Wertanpassung per Oktober 2002.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:**

13) BauBrü-5/00 Voralpenstraße B 122; km 30.661; Neubau Rederbrücke; Beitragserhöhung und Vergabe der künstlerischen Gestaltung.

14) BauT-2/02 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr 2002; Kanalisation Innenstadt, Teil 2, und Kanalisation Steyrdorf, Teil 5; Änderung der Mittelfreigabe.

15) ÖAG-4/01 Arno Heimel; Gewährung einer nicht rückzahlbaren Subvention zur Sanierung der Fischervilla.

16) BauGru-15/00 Neuplanungsgebiet Nr. 2 „Stelzhamerstraße"; 1. Verlängerung.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:**

17) JW-17/95 Umsetzung Jugendstudie; Projekte „4xStadt/4=“ und „Spiel in den Steyrer Vierteln“.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte die heutige GR-Sitzung eröffnen und die ordnungsgemäße Einberufung zu dieser Sitzung feststellen. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Protokollprüfer sind heute GR Rosa Rahstorfer und anstatt von GR Hans Payrleithner Günter Fürweger. Entschuldigt sind GR Walter Gabath, GR Hoflehner, GR Payrleithner und GR Klausberger.
Ich komme zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen.
Frau Gemeinderätin Reznar richtete mit Schreiben vom 11. September folgende Anfrage an mich; mit dem Ersuchen, diese Anfrage zuständigkeitshalber Herrn Stadtrat Ing. Spanring weiterzuleiten. Ich ersuche daher Herrn Stadtrat Ing. Spanring um Verlesung und Beantwortung der Anfrage.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, werte Gäste, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Anfrage gem. § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes an den Kulturreferenten der Stadt Steyr StR Ing. Dietmar Spanring in Verbindung mit § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse.
Betrifft: Hochwasser im Museum Arbeitswelt, Schaden an wertvollen Exponaten der Stadt Steyr.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Ein bisschen lauter bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
„Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Das diesjährige Hochwasser hat auch vor dem Museum Arbeitswelt nicht Halt gemacht. Laut Berichten sind auch enorme Schäden an Exponaten entstanden, die aus dem Archiv der Stadt Steyr stammen.
Ich erlaube mir daher, nachfolgende Fragen an sie zu richten:

1. Aus welchem Grund ist nach Ende der Landesausstellung vor 4 Jahren die Präsentation der Exponate überhaupt noch gelaufen? Normalerweise werden Leihgaben nach den 9 Monaten der Ausstellung retourniert.

2. Gibt es eine Verlängerung des Leihvertrages vom 16. 11. 1998?

3. Unter welchen Voraussetzungen wird ein Ausstellungskonzept erstellt, wenn vorhandene Exponate darin „untergehen“?

4. Der derzeitige Versicherungswert für alle 11 Exponate beträgt 7.412,00 Euro. Nach meinen Recherchen in Auktionskatalogen (wie sie wissen, habe ich auch dort Preuenhuber`s „Annales Styrenses“ entdeckt) ist der Wert von handgeschriebenen Exponaten ein Vielfaches des derzeitigen Versicherungswertes. Weshalb sind diese Ausstellungsstücke derart unterversichert, wenn die geschätzten Restaurierungskosten (ohne die beiden Pergamenturkunden) schon bis zu 15.000,00 Euro betragen?

5. Nach welchen Kriterien wurden die Ausstellungsstücke sichergestellt, als man merkte, dass der Pegelstand rasch steigt?

6. Wer hat in der Führungsspitze des Museums Arbeitswelt die nötige Fachkompetenz, um bei der Sicherstellung Prioritäten zu setzen?

Ich ersuche sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, diese Anfrage in der kommenden Sitzung des Gemeinderates am 19. 9. 2002 zu beantworten.“

ad 1) Die Ausstellung wurde wegen des großen Erfolges verlängert.

ad 2) Die Aktenlage wird derzeit von der FA für Kontrolle geprüft und eine diesbezügliche Antwort wird aus dem Bericht der FA für Kontrolle hervorgehen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Moment, ich höre sie nicht!

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
ad 3) Ausgangsbasis für jedes Ausstellungskonzept war das fürchterliche Hochwasser von 1991, bei dem das Wasser im MAW 40 cm hoch stand. Beim jüngsten Hochwasser wurde ein Raumpegelstand von 1,80 m erreicht.

ad 4) Der Leihgeber (Dr. Lutz) hat die Werte genannt.

ad 5) Die Sicherstellung der Exponate erfolgte nach einem Evakuierungsplan – zuerst stromführende Exponate im ganzen Haus und dann von unten nach oben.

ad 6) Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Museums unter anderem Mag. Udo Wiesinger.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Zusatzfrage: Wie weit ist jetzt, wenn ein Leihvertrag verlängert wurde, der ja offenbar jetzt nicht auffindbar ist oder geprüft wird, eine Versicherung da, wer zahlt jetzt das? Ist das durch der Versicherung gedeckt? Ja oder nein.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Sicher.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Wenn der Leihvertrag nicht verlängert wurde.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Das ist an und für sich der Punkt 2), wo die Aktenlage eben zu prüfen ist. Wie ist der Leihvertrag entsprechend verlängert worden? Mündlich, schriftlich. Das ist im Moment in beiden Institutionen, d. h. sowohl im Kulturamt als auch im Museum Arbeitswelt, nicht klar definiert.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Bis wann kann ich mit einer Antwort rechnen?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Das kann ich nicht sagen. Ich hoffe sobald als möglich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ist das so schwierig zu beantworten ob man das verlängert hat oder nicht?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Eine Zusatzfrage.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Er hat sie ja nicht beantwortet. Das ist das Problem.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sag einen Termin.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Das kann ich nicht sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Er kann es nicht sagen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Mir ist das nicht ausreichend beantwortet. Ich möchte das protokolliert haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Geben wir das so zu Protokoll. Wir kommen zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeister.
Da geht es um ein tagesaktuelles Thema und zwar um den Brief, den ich an Herrn Brunhofer gerichtet habe und da möchte ich eine Stellungnahme abgeben.

Aus aktuellem Anlass möchte ich gleich einige Anmerkungen zu dem heute in der Steyrer Rundschau erschienen Artikel mit der Überschrift „Stadtchef-Brief sorgt für helle Aufregung“ machen, in dem es neuerlich um die während der Flutkatastrophe vom ORF gesendete Meldung über einen möglichen Dammbruch des Kraftwerkes Rosenau geht und ein in diesem Zusammenhang von mir an den ORF-Journalisten Brunhofer gerichtetes Schreiben, in dem ich ihm bescheinige, korrekt recherchiert zu haben.

Ich weise hier mit aller Entschiedenheit den in diesem Artikel erhobenen Vorwurf von Gemeinderat Apfelthaler zurück, dass die besagte ORF-Meldung über einen möglichen Dammbruch des Kraftwerkes Rosenau vom Krisenstab genehmigt wurde.
Das war selbstverständlich und nachweislich nicht der Fall.

Aus diesem Grund war und ist weder der Krisenstab noch ich als Bürgermeister und Leiter des Krisenstabes für diese Meldung verantwortlich und es besteht daher keinerlei Anlass, wie das Gemeinderat Apfelthaler polemisch einfordert, dass ich mich oder wer auch immer vom Krisenstab bei der damals zweifellos durch diese Meldung verunsicherten bzw. verängstigten Bevölkerung entschuldige. Ich habe mich selbst, und das habe ich ja in der Öffentlichkeit und auch hier im Gemeinderat deutlich vertreten, maßlos über diese Radiomeldung geärgert. Ich muss aber nachträglich ebenso klar feststellen, dass bei einem Gespräch im Krisenstab wirklich von einem möglichen Dammbruch beim Kraftwerk Rosenau die Rede war und der zufällig anwesende ORF-Redakteur Brunhofer dieses Gespräch zum Anlass für seine Radiomeldung genommen hat. Aus seiner Sicht journalistisch korrekt, obwohl diese Meldung - dies möchte ich ausdrücklich betonen - vom Krisenstab nicht autorisiert war. Zum Glück hat sich diese Meldung kurze Zeit später als falsch herausgestellt.

Herr Brunhofer hat daraufhin beim Sender diese Meldung lokal sofort gestoppt. Leider Gottes hat Ö 3 diese Meldung aber noch einige Zeit weiter gesendet.

Die mediale „Aufgeregtheit“ des Herrn Kurt Apfelthaler ist daher wirklich nicht nachvollziehbar und für mich nur mit durchsichtigen parteipolitischen Motiven erklärbar.

Das Schreiben von mir an Herrn Brunhofer war notwendig, und ich stehe auch dazu, weil die öffentliche Kritik an ihm - wie ich soeben ausgeführt habe - unfair war und wir in Summe als Stadt mit der Berichterstattung von Hr. Brunhofer durchaus zufrieden sein konnten.

Ich kann das vielleicht auch noch einmal verdeutlichen. Wir haben ständig im Krisenstab Verbindung mit dem ORF gehabt. Für uns war es sehr angenehm, dass wir diese ganzen Mitteilungen sehr rasch an die Öffentlichkeit weitergegeben haben und es hat dazu geführt, dass eben diese rasche erste Beruhigung der Bevölkerung stattgefunden hat. Es ist auch für mich ein ganz klares Ergebnis. Wir haben im Krisenstab sehr positiv gearbeitet und wir haben erreicht, dass es keine Todesopfer gegeben hat und wir haben erreicht, dass die Rettungsmaßnahmen in

entsprechender wirkungsvoller und effizienter Form stattgefunden haben. Dazu hat auch der ORF seinen Beitrag geliefert. Das wollte ich noch einmal ganz klar festhalten.

Eine weitere Mitteilung: Die Partnerstadt Plauen hat uns eine Spende übermittelt.
Der Oberbürgermeister unserer Partnerstadt Plauen, Herr Ralf Oberdorfer, hat mir mit Schreiben vom 11. 9. 2002 mitgeteilt, dass der Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften am vergangenen Donnerstag seine Zustimmung gab, 7.500,00 Euro zweckgebunden für den Wiederaufbau des Jugend- und Kulturhauses Röd@ in Steyr zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion der PDS des Stadtrates der Stadt Plauen verzichtete auf das Sitzungsgeld für die Stadtratsitzung im August, um ihren Beitrag für die o. g. Einrichtung zu leisten. Wir überweisen gerne den Gesamtbetrag in Höhe von 7.819,00 Euro auf das Spendenkonto der Stadt und von dort werden wir es weitergeben an das Kulturhaus Röd@.

Den Stadträten und allen Plauenern ist bewusst, dass diese Sofortunterstützung der Stadt Plauen in Anbetracht der Schadenshöhe nur „einen Tropfen auf den heißen Stein“ darstellt.

Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer wünscht allen leidgeprüften Bürgerinnen und Bürgern alles Gute und viel Kraft für die Beseitigung der Schäden.

Ebenfalls ein Brief aus San Benedetto zum Thema Hochwasser.

Auch unsere italienische Partnerstadt San Benedetto del Tronto hat uns eine finanzielle Hilfe für Hochwasserschäden zugesagt und wird ein bestimmtes Projekt - Kindergarten oder Ähnliches - kostenmäßig übernehmen. Überdies wird eine große Menge Wein, ich habe so etwas von 1.000 Flaschen gehört, ich weiß nicht ob das stimmt, zum Verkauf beigestellt.

Weiters habe ich erst vor wenigen Minuten die Bestätigung erhalten, dass uns die österr. Bundesforste 3 Lastzüge Brennholz zur Verfügung stellen. Die 3 Lastzüge Brennholz werden im Wehrgraben auf einem Parkplatz zwischengelagert und werden durch das Rote Kreuz in Steyr vergeben. Ich wollte das heute auf alle Fälle auch an sie so weiter geben.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage:

Die Arbeitslosenquote im August 2002 betrug 5,6 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,1 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,7 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im August 2002 2.306. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 2,5 % (d. s. 56 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 13,4 % (d.s. 272 Personen).

Im August 2002 sind 348 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 136 Stellen mehr und gegenüber dem Vorjahr um 74 Stellen weniger.

Das waren meine Mitteilungen. Ich komme zu Punkt 4), Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Ich bitte um diese Kenntnisnahme. Weiters komme ich dann zu Punkt 5), das sind die Verhandlungsgegenstände. Dazu gibt es einen Dringlichkeitsantrag der SPÖ, der ÖVP und der Grünen, zum Thema Unterhimmler Au und die Versteigerung. Ich nehme an, es kennt jeder diesen Antrag.

Zwischenrufe: Nein!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann bringe ich ihn zur Verlesung.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat in der Sitzung des Gemeinderates vom 8.11.2001 dem Erwerb

von Grundstücken der Erbengemeinschaft Werndl im Stadtteil Unterhimmel zugestimmt. Infolge Unstimmigkeiten der Miteigentümer konnte der geplante freihändige Erwerb der Gesamtliegenschaft nicht realisiert werden. Die gesamte Liegenschaft bestehend aus den Grundbuchseinlagen EZ 48, 72, 82, 94, 132, 358, 361 und 363, alle Grundbuch Christkindl, steht daher über Antrag der Weinviertler Volksbank reg. GenmbH am Montag den 23.9.2002 beim Bezirksgericht Steyr in Form einer freiwilligen Feilbietung - das ist ein ganz wesentlicher Begriff - zum Verkauf. Der Rufpreis für die Gesamtliegenschaft wird Euro 1,511.600,00 betragen.

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates stellen die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates den nachstehenden

Dringlichkeitsantrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Steyr wird ermächtigt, an der für Montag 23.9.2002 beim Bezirksgericht Steyr anberaumten Versteigerung der Liegenschaften der Erbengemeinschaft Werndl teilzunehmen und dabei den Rufpreis für die Gesamtliegenschaft in Höhe von Euro 1,511.600,00 zu bieten.

Um Vorlage dieses Dringlichkeitsantrages in der Sitzung des Gemeinderates vom 19.9.2002 wird gebeten.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Dringlichkeitsantrag ist, ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wortmeldungen gibt es aber schon.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber jeder.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja eh.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Normalerweise haben wir das nach der Stärke der Fraktionen gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, wenn ich gefragt werde, melde ich mich. Es kann aber gerne ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, es passt eh.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Nur vor der Abstimmung möchte ich schon zur Dringlichkeit etwas sagen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja gut. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Ich bin froh, dass wir heute noch einmal vor der Versteigerung im Gemeinderat über die Dringlichkeit des Ankaufes sprechen. Es gibt sehr unterschiedliche Sichtweisen, wie man diesem Ankauf oder dieser

Ersteigerung nähertreten soll. Es gibt auch sehr unterschiedliche Sichtweisen über die Wertigkeit und den Wert dieser Grundstücke im Bereich der Unterhimmler Au Erbengemeinschaft Werndl. Die Freiheitliche Fraktion hat ja vor einigen Tagen angekündigt, dass wir einen Dringlichkeitsantrag einbringen werden mit dem Zweck primär, dass wir in dieser GR-Sitzung über die bevorstehende Versteigerung diskutieren und eine Lösung finden. Ich habe gestern Nachmittag die Einladung zu einer Fraktionsobleutekonferenz, nächsten Montag, bekommen, und habe heute diesen Dringlichkeitsantrag der SPÖ und zwei anderen Fraktionen vorgefunden. Um die Sache nicht noch mehr zu verkomplizieren ziehe ich unseren Dringlichkeitsantrag im Moment zurück. Uns genügt es, dass wir hier diskutieren und dass wir diesen Dringlichkeitsantrag mit Abänderungsvorschlägen dann im Anschluss diskutieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, um auch unserem Statut zu entsprechen ist es notwendig, heute noch einmal einen Beschluss im GR zu fassen, damit an der Versteigerung, die am Montag stattfindet, glaube ich aus dem heraus ist zu sehen, dass der Dringlichkeitsantrag wirklich dringlich ist. Es freut mich, dass hier auch eine Einstimmigkeit für die Dringlichkeit signalisiert wird. Zur inhaltlichen Debatte wir ja dann bei der Behandlung dieses Gegenstandes noch Gelegenheit sein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Keine Wortmeldung von der ÖVP. Grüne? Auch keine Wortmeldung. Liberales Forum? Auch keine Wortmeldung. So, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer für die Dringlichkeit dieses Antrages ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmig. Dieser Antrag wird dann am Ende der Tagesordnung behandelt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Vielleicht kann man ihn in der Zwischenzeit austeilen. Es wäre nett, wenn man ihn uns auch zeigen würde.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann gebe ich den Vorsitz ab für die Behandlung des ersten Punktes.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bei meinem ersten Antrag geht es um den Konkurs der Firma ELWI Bau GmbH. Da geht es um einen Abgabenrückstand in der Höhe von Euro 30.881,46. In der üblichen Vorgangsweise wurde ja versucht, diesen Abgabenrückstand einzutreiben. Diese Eintreibung war erfolglos. Somit bitte ich um Zustimmung zur Abschreibung dieses Betrages.

1) Präs-78/02 ELWI BauGesmbH; 4400 Steyr, Rooseveltstraße 14; Abschreibung offener Forderungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten vom 23. August 2002 wird die Abschreibung der offenen Forderungen gegenüber der abgabepflichtigen Firma ELWI Bau GmbH, 4400 Steyr, Rooseveltstraße 14, in der Höhe von insgesamt Euro 30.881,46 gemäß § 181 der OÖ Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 107/1996 i.d.g.F., genehmigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung. Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt

jemand Stimmenthaltung? Einstimmig Annahme. Damit gebe ich den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich übernehme den Vorsitz und übergebe das Wort an die Frau Vizebürgermeisterin.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes für das Jahr 2002.

2) K-62/02 Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung an Mitglieder des Roten Kreuzes 2002.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 8. Juli 2002 wird der Vergabe der Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr an die nachstehenden Personen aufgrund ihrer 15-jährigen sowie 20-jährigen verdienstvollen Tätigkeit im Rettungsdienst zugestimmt.

Rettungsverdienstmedaille in Bronze für 15-jährige Mitarbeit:

Dr. Gerhard Alphasamer
Gustav Gergelyfi
Dr. Gmainer Margit
Kowalski Trude
Brader Martin
Collognath Bernd
Suppanschitz Konrad

Rettungsverdienstmedaille in Silber für 20-jährige Mitarbeit:

Mocnik Franz

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
In meinem nächsten Antrag geht es um den Ankauf einer Fläche im Bereich des Alten- und Pflegeheimes Münichholz, ein Reststück von der WAG. Der Grundkauf ist deswegen notwendig, weil ja die Küche vergrößert worden ist und dafür jetzt sehr wenig Grünfläche zur Verfügung gestanden wäre. Jetzt hat uns die WAG zusätzlich noch ein Grundstück angeboten.

3) ÖAG-20/02 Ankauf einer Fläche im Bereich des Alten- und Pflegeheimes Münichholz von der Wohnungsanlagen GesmbH.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 3. September 2002 wird dem Ankauf einer Fläche von rund 900 m² im Bereich zwischen dem Bauplatz für das Alten- und Pflegeheim Münichholz und dem Grundstück, welches zur Bebauung mit einem Wohnhaus samt betreutem Wohnen vorgesehen ist, von der Wohnungsanlagen GmbH zugestimmt.

Der Kaufpreis beträgt Euro 57,00 je Quadratmeter. Die Zahlung des Kaufpreises hat im Jänner 2003 zu erfolgen. Zusätzlich zum Kaufpreis hat die Stadt die im Zusammenhang mit dem Rechtsgeschäft stehenden Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren zu tragen. Die Festlegung der tatsächlichen Grundstücksfläche hat anlässlich einer noch in Auftrag zu gebenden Vermessung zu erfolgen.

Ich möchte auch dazu sagen, dass der Preis im Jahr 2003 erst zu bezahlen ist. Auch hier ersuche ich um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Auch keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich bitte um den nächsten Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um die Festlegung eines Kostenrahmens, Zustimmung zur Vergabe der notwendigen Arbeiten durch die WAG Linz.

4) Präs-685/96 Festlegung eines Kostenrahmens; Zustimmung zur Vergabe der notwendigen Arbeiten durch die Wohnungsanlagen GesmbH.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des vorstehenden gemeinsamen Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten sowie der FA für Finanz- und Beteiligungsverwaltung und betriebswirtschaftliche Angelegenheiten vom 22. August 2002 wird zur Errichtung des Alten- und Pflegeheimes Münichholz der Kostenrahmen im Sinne des abgeschlossenen Baubetreuungsvertrages mit EUR 15,29 Mio. (S 210,3 Mio.) zuzüglich Wertsicherung nach dem Baukostenindex 2000, für Wohnhaus- und Siedlungsbau, Gesamtkosten insgesamt, Basiswert August 2002, festgelegt.

Weiters wird die Wohnungsanlagen GesmbH ermächtig, im Rahmen des Baubetreuungsvertrages und unter Einhaltung all jener gesetzlichen Vorschriften, zu denen die Stadt Steyr verpflichtet ist, die notwendigen Professionistenarbeiten im Namen der Stadt zu vergeben.

Bevor wir in die Diskussion einsteigen, würde ich den Bürgermeister ersuchen, dass er den fachkundigen Personen das Wort erteilt, um das Projekt im Detail noch vorzustellen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich bitte die entsprechenden Fachleute, Herrn Hochgatterer bzw. Herrn Lutz, um die Präsentation dieses Projektes.

MAG. PETER HOCHGATTERER:
Zur baulichen Umsetzung des hier vorgestellten Projektes geht es um einen Betrag von 15,3 Mio. Euro oder rund 210,3 Millionen Schilling. Ich hätte gerne in den weiteren Ausführungen auf die Schillingbeträge zurückgegriffen, da es auch in der Vergangenheit bereits Beschlüsse oder Informationen gegeben hat und hier der Wertmaßstab oder zur Orientierung es dienlicher erscheint. Es sind riesige Dimensionen um die es hier geht und um hier eine bessere Orientierung gewährleisten zu können, möchte ich mich dem genannten Kostenrahmen von zwei Seiten her

nähern. Einerseits hat es im Jahr 1998 eine Folgekostenrechnung gegeben, wo wir rund 174 Millionen Schilling geschätzt haben für die bauliche Realisierung, inkl. der Module rund 178 Millionen Schilling. Im Jahr 2001 haben wir dann eine Küchenvergrößerung in einer Studie analysieren lassen und haben hier eine Erweiterung des Baus vorgesehen, sodass wir letztendlich auf eine Gesamtsumme von 188 Millionen Schilling gekommen wären. Mit einer Wertsteigerung versehen, vom Baupreisindex her von 1999 bis zum Jahr 2002, würde dies eine Gesamtkostensumme von rund 207 Millionen Schilling betragen. Das ist vom Kostenvolumen her die eine Betrachtung. Auf der anderen Seite haben wir die Baueinreichung, die Ende 2001 stattgefunden hat, mit Schätzkosten hinterlegt und zwar mit Schätzkosten von zuletzt realisierten Bauvorhaben, ebenfalls im Alten- und Pflegeheimbereich, und hier hat eine erste Kostenabschätzung ein Volumen von 230 Millionen Schilling ausgemacht. Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben wir mehrere Kostenoptimierungsrunden durchgeführt, sodass wir uns letztendlich durch Einsparungen, nur beispielsweise angeführt, im Bereich der Haustechnik oder von weiteren Ausführungsmerkmalen auf einen Betrag von 214 Millionen Schilling genähert haben. Nachdem das noch immer Kostenschätzungen sind und laut ÖNORM diese auch mit einem Unsicherheitsfaktor von +/- 10 % abweichen können, wir aber die Aussagen erhalten haben, dass hier mit sehr guten Preisen geschätzt worden ist, haben wir letztendlich den Kostenrahmen mit den vor ihnen liegenden Daten fixiert. Der Finanzierungsplan, den wir auf diesen Kostenrahmen nunmehr abgestimmt haben, sieht vor, dass wir an Wohnbauförderungsdarlehen 69 Millionen Schilling erhalten werden, dass an nicht rückzahlbaren Zuschüssen, dass wir hier mit rund 60 Millionen Schilling rechnen dürfen, sodass für die Stadt Steyr ein freizufinanzierender Betrag verbleibt in Höhe von rund 81,5 Millionen Schilling. Wir haben in unseren Annahmen hier eine Darlehensfinanzierung getroffen. Es wird auch notwendig sein, dadurch dass wir die Wohnbauförderungsdarlehen oder insbesondere auch die Einmalzuschüsse nicht konform mit dem Baufortschritt erhalten werden, müssen wir auch hier im Jahr 2004 mit einer kurzen Zwischenfinanzierung in Höhe von 18 Millionen Schilling rechnen, da dann erst in den Jahren 2005 und 2006 die restlichen nicht rückzahlbaren Zuschüsse vonseiten des Landes an uns fließen werden.

Gibt es zu den Zahlen hier irgendwelche Fragen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist nicht der Fall. Danke sehr. Ich bitte nun Herrn DI Lutz um seine Ausführungen zum Bau.

SR DI WOLFGANG LUTZ:
Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf zur besseren Protokollierung das Mikro verwenden und möchte kurz auf die Baustrukturen eingehen, die sie hier auf der Tafel vorfinden. Sie wissen, dass das Projekt in der Weise eruiert wurde, dass ein Wettbewerb vorangegangen war. Der Preisträger war das Team M aus Linz. Sie wissen auch, dass das Projekt mit dem Lenkungsausschuss der Stadt Steyr begleitet wurde. Nunmehr finden sie die Anlage in der Form vor, dass städtebaulich sehr wohl auf die Baustrukturen des Stadtteiles und des Wohnquartiers Münichholz eingegangen wurde. Es wurde also die Orthogonalität der Baukörper übernommen, im Wesentlichen eine richtige Vorgangsweise für den Einstieg bei der Entwurfsarbeit. Des Weiteren, es war also hier wesentlich zu berücksichtigen, wie seit Jahrhunderten bekannt, die Sichtbeziehungen aufzubauen. Auch hier wurde Rücksicht genommen auf eine jüngere Einheit, sprich der evangelischen Kirche, und so hat sich also der Baukörper in der Form deklariert, dass man auf der anderen Seite möglichst zart sich dem Ennstal nähert, den Ennsniederungen fingerartig mehr oder weniger vorgeht, und um den langen Baukörper aufzulösen auch noch der anderen Richtung nach Süden ein ausgreifender Vorbau mit der Eingangszone. Sie sehen das hier im Grundriss des Erdgeschosses genauer. Die Eingangszone, wie bereits angedeutet, links ab nach Westen fallend die Verwaltung, anschließend die Mobilen Dienste und die Tagespflege. Im Norden angeordnet die Personalsituation bzw. eine Hausmeisterwohnung, Abstellräume, die Einlagerung eines Frisörs. Im Osttrakt, wie schon angesprochen, die Situation des Küchenbereiches. Hier sind wir den Weg gegangen, dass man logischerweise in einem Neubau die Situation der Küche, wo man daran denkt das im Cook and Chill zu machen, in einem Neubau diese organisatorischen Dinge und funktionellen Zusammenhänge wesentlich besser organisieren zu können als z. B. die Alternative auch diskutiert wurde, die bestehende Küche im APT umzubauen.

Man hat sich dann im Lenkungsausschuss dazu entschlossen logischerweise die Küche im Münichholz zu etablieren und eben von hier aus dann die Auslieferung vorzunehmen. Sie sehen auch hier, wie schon angesprochen zum Thema Grundstückszukauf, dass im ursprünglich Wettbewerbsobjekt hier an der Ostflanke mit diesem Baukörper das Auslangen gefunden wurde, weil der Küchenanteil nur 300 m² groß war. Hingegen haben wir ja jetzt über 1.000 m². Es musste also ein erdgeschossiger Bau speziell für die Küche vorgelagert werden und aus diesem Grund auch der Antrag im Nordwesten dieses dreiecksförmige Grundstück zuzukaufen um diese zwischenzeitliche Entwicklung kompensieren zu können. Im Süden gelegen ist der äußerst reduzierte Speisesaal, wo man sich also auch treffen kann mit der Verwandtschaft. Es ist auch ein kleines Cafe integriert. Diese Allgemeinzone könnte auch für Seminare genützt werden. Nun komme ich zum eigentlichen Wohngeschoss. Die Anlage ist dreigeschossig kompensiert. Im Erdgeschoss logischerweise diese Allgemeinräumlichkeiten und im Obergeschoss finden wir dann letztendlich die Pflegeeinheiten vor. Sie sehen beige dargestellt die Pflegezimmer und rot dargestellt die vertikalen Erschließungen, logischerweise mit zwei Liftanlagen, die natürlich auch bettengerecht ausgebildet sind. Wir sehen zusätzlich Nottreppen, die bei der Bauverhandlung vorgeschrieben wurden. Das sind jetzt diese Pflegeeinheiten in der Zuordnung von etwa 30 Betten pro Einheit. Wir haben die Pflegestationen sehr zentrisch zugeordnet im Allgemeinbereich. Es soll auch, wenn möglich, für weitgehend mobile Leute das Essen auf den Geschossen erfolgen. Dafür gibt es diese vorgelagerten Zonen die also im engen Kontakt mit den Stationsschwestern hier abgefolgt werden sollen. Diese Anlage hat also dann zwei Bettentrakte und wir erreichen damit die Größenordnung von 120 Betten.

Das ist in kurzen Worten die Erläuterung des Projektes. Wenn sie Fragen haben stehe ich gerne zur Verfügung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Gibt es dazu Fragen?. Herr Lutz, sie haben uns mit Fakten erschlagen. Es ist anscheinend alles grenzenlos geklärt. Es gibt keine Fragen zu diesem Thema. Herzlichen Dank. Wir diskutieren den gesamten Antrag von der Frau Vizebürgermeisterin Mach. Gibt es dazu Fragen? Auch keine Fragen. Dann kommen wir relativ rasch zu einem Beschluss. Wer ist für diesen Antrag? Einstimmige Annahme. Danke schön. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich danke für die Präsentation.
In meinem nächsten Antrag geht es um die Produktionsschule Steyr. Da haben wir ja einen Austauschamtsbericht gehabt.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) Fin-215/02 Projekt „Produktionsschule Steyr“; Realisierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 9. September 2002 wird der Realisierung des Projektes „Produktionsschule Steyr“ durch das BFI Oberösterreich/Bereich Jugend und Job zugestimmt.

Die in Frage kommenden Standorte werden kurzfristig einer wirtschaftlichen Überprüfung unterzogen und einer gesonderten Beschlussfassung zugeführt, die einen Start der „Produktionsschule Steyr“ am 18. Nov. 2002 sicherstellt.

Wir alle wissen ja, wie wir Stadtsenat gehabt haben, dass das Angebot noch reingekommen ist. Die Firma Schlossgangl hat ihr Gebäude angeboten für die Produktionsschule und das wird natürlich überprüft genauso wie der Wirtschaftshof.
Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade die Produktionsschule ist ein wichtiges Thema, gerade arbeitslose Jugendliche. Wenigstens hier sollte man meinen, würde hier gemeinsam strategisch vorgegangen, aber alles andere ist der Fall. Es ist seit über zwei Jahren die Diskussion im Geheimen offensichtlich hier gelaufen. Der Stadtsenat und die Stadtsenatsmitglieder wurden erst vor wenigen Wochen durch eine Präsentation durch das BFI informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt, dass am 18. November d. J. bereits die Schule im WI-Hof eröffnet werden sollte. Gut. Es wurde damals von allen anderen Fraktionen massiv Kritik geübt, a) an der Vorgangsweise und b) auch am Standort und auch an den extrem hohen Kosten. Wir sprechen von den derzeitig infrage kommenden Standorten von Adaptierungskosten, sie verzeihen mir wenn ich auch noch, weil diese Anträge alle noch in Schilling ausgeführt sind, in der alten Währung hier spreche, in etwa um die 20 Mio. Schilling. Im gleichen Atemzug, das muss man sich auch einmal vorstellen, hat die Stadt Steyr mit dem Hinweis auf die Geldknappheit den Maturanten, die heuer mit Auszeichnung maturiert haben, nicht einmal ein Buch der Stadt Steyr des Bürgermeisters geschenkt. Das sind so die Werte, wie man hier mit begabten Förderungen oder Wissensförderungen umgeht. Man hat trotzdem verabsäumt, in der Zwischenzeit von den wenigen Wochen, wo das erste Mal eine Diskussion stattgefunden hat, mal wenigstens den Standort zu fixieren. Es steht lapidar drinnen, es wird an geeigneter Stelle, so ähnlich, wird dann einmal beschlossen, wo dann der Standort stattfindet. In zwei Monaten soll dann die ganze Geschichte laufen, fertig sein, bei Investitionen von 20 Mio. Schilling. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.
Herr Bürgermeister, vielleicht erklären sie sich noch genauer. Wo soll das stattfinden? Haben sie ein Konzept wie das finanziert werden kann? Haben sie mit allen Anbietern gesprochen? Mir ist nämlich ein Brief von MAN zugesendet worden, wo auch angeboten worden ist, die Lehrwerkstätte der ehem. Steyrer Werke, SNF, MAN, die bei weitem ja eine sehr hohe Auslastung haben könnten, aber aufgrund der aktuellen industriellen Situation die Auslastung nicht haben, aber anbieten, auch in diesem Bereich alles, ausgenommen den Küchensektor, die Gastronomie, alle anderen Betriebssparten abdecken könnten, mit Räumlichkeiten, mit Maschinen, mit Lehrpersonal. Ich denke, das sollte man schon ernst nehmen und auch den Herrschaften wenigstens Antworten. MAN hat bis heute vergeblich auf eine Antwort gewartet, Herr Bürgermeister. Ich weiß nicht, wie sie da vorgegangen sind oder wie sie das machen. Äußern sie sich. Gehen wir jetzt zur Fa. Schloßgangl, gehen wir jetzt in den WI-Hof oder gibt es noch andere Standorte? In zwei Monaten beginnt es und es geht um sehr, sehr viel Geld. Auch wenn andere Subventionsgeber, das Land insbesondere, sehr viel Geld beisteuern. Aber ich darf erinnern, auch das sind Steuergelder die von den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes aufgebracht werden mussten. Ich hoffe, es gibt noch eine dementsprechende Aufklärung. Aber ich bleibe auch dabei, das BFI hat bei der Präsentation auch zugegeben, dass sie keinerlei Erfahrung mit dieser Art von Produktionsschule hat. Ich bin auch hier dafür, ähnlich wie in Linz, dass eine Ausschreibung gemacht wird und dass dann die Geeignetsten und auch die Kostengünstigsten in diesem Rahmen tätig werden. Dass es notwendig ist, dass hier gerade auf dem Jugendarbeitslosensektor etwas getan werden muss, ist wohl jedem klar.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön Herr Dr. Pfeil. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich habe allerdings den Eindruck, dass der Herr Dr. Pfeil nicht weiß was eine Produktionsschule im Detail ist. Aber da können wir noch einmal darüber reden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Soll ich ihnen darauf antworten?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich habe jetzt den Eindruck gehabt, wenn sie sagen in der Lehrwerkstätte in Steyr ist das unterbringbar, dann muss ich ihnen sagen, das ist nicht möglich. Ich habe mit dem Lehrwerkstättenleiter telefoniert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber dass sie diesen Leute nicht einmal ein Antwortschreiben geben und sagen es interessiert uns nicht oder sie sind falsch bei uns, das ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Klären wir einmal was eine Produktionsschule ist.
Roman bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich habe mir gedacht, der Herr Bürgermeister macht vorher noch eine Erklärung, aber da nimmt er wahrscheinlich gleich das mit auf, was ich zu sagen habe.

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Herr Vzbgm. Dr. Pfeil hat ja bereits darauf hingewiesen, dass es im Vorfeld sehr viele Diskussionen gegeben hat, rund um die Errichtung dieser Produktionsschule. Es ist auch kein Geheimnis, dass wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion, da hat es auch glaube ich vonseiten der Grünen sehr vehemente Angriffe an die Freiheitliche Fraktion gegeben, uns nicht grundsätzlich dagegen ausgesprochen haben, dass man jenen Jugendlichen hilft, die, wie es so im Amtsbericht steht, den ersten Schritt in eine Ausbildung oder in den Arbeitsmarkt, aus welchen Gründen auch immer, nicht geschafft haben. Das ist sicherlich notwendig, wobei allerdings auch die Zahlen, die genannt wurden, und die Tendenz, die auch vom Land OÖ in diesem Zusammenhang herausgebracht wird, so hat auch ähnlich Kollege Mayrhofer argumentiert, noch näher hinterfragt werden muss. D. h. also, der Bedarf der in Zukunft vorhanden sein wird, in den nächsten Jahren, ist nach unserer Auffassung nach noch näher abzuklären. Es war aber dann tatsächlich so, dass, wie gesagt, es nicht nur Diskussionen in der Öffentlichkeit gegeben hat, sondern auch im Zuge der Behandlung dieses Antrages im letzten StS. Es ist ja dort ein abgeänderter Antrag vorgelegt worden, wobei also die grundsätzliche Änderung darin besteht oder bestanden hat, dass man vorerst einmal davon abgeht, den Standort WI-Hof für diese Sache mit einem Fragezeichen zu versehen, weil ja bekannt wurde, und das ist auch also in dieser Diskussion zum Ausdruck gebracht worden, ich habe mich auch zu Wort gemeldet, vonseiten verschiedener Firmen Angebote herangetragen wurde an die Stadt, die in der Lage wären, zumindest teilweise, derartige Ausbildungsmaßnahmen zu treffen. So auch MAN, mit der Begründung, dass ja bisher dort nach dem nationalen Arbeitsplan Leute ausgebildet worden sind und es durchaus möglich ist, zwar nicht in allen Bereichen Herr Bürgermeister, das war wahrscheinlich jetzt deine Anmerkung vorhin, es dort möglich sein wird. Aber um was geht es grundsätzlich? Wenn der Standort WI-Hof, so wie ursprünglich geplant, aufrechterhalten würde, dann wäre vor allen Dingen die Investitionsfrage deutlich darzustellen, denn das ist ja der große Brocken. Da geht es um die Werkstätteneinrichtung udglm. Das ist eigentlich der Grundgedanke, warum man auch von unserer Seite her der Überlegung nahe tritt, das zu prüfen inwieweit tatsächlich Firmen diese Aufgabe übernehmen können, um eben diese, an sich von uns unterstützte Grundmaßnahme, kostengünstiger für die Stadt darzustellen.
Ich darf noch einmal auf das zurückkommen was der Herr Dr. Pfeil vorhin gesagt hat, dass es ja im Bereich der MAN eine Lehrwerkstätte gibt und da darf ich sie bitten eines nicht zu vergessen. Die Errichtung dieser Lehrwerkstätte hat, soweit ich mich erinnern kann, etwa 50 Mio. Schilling gekostet. Davon hat es 25 % öffentliche Förderungen gegeben und 5 Mio. Schilling sind konkret aus dem Bereich der Stadt für diesen Betrieb der Lehrwerkstätte bezahlt worden. Das ist also eine Investition, die ja zweifelsohne auch in die Richtung gehen sollte, dass man in weiterer Folge auch die Möglichkeiten ernst nimmt, die von MAN angeboten werden, weil, wie gesagt, die Stadt ja bereits in dieses Projekt Investitionen getätigt hat. Meine Damen und Herren, ich möchte hier nicht verhehlen, dass aufgrund der Vorlage dieses neuen Antrages, wobei ja der letzte Absatz entscheidend ist, dass es in absehbarer Zeit eine neuerliche Beschlussfassung über den Standort tatsächlich geben wird, ich davon ausgegangen bin, dass ich dem selbstverständlich nichts in den Weg legen werde, dass dieser Antrag heute hier im GR zur Abstimmung vorgelegt wird. Wir haben aufgrund der geänderten Vorlage die ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Du hast zugestimmt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Das ist richtig, ich habe auch zugestimmt, keine Frage. Wir haben aber allerdings erst die Möglichkeit gehabt, das sehr intensiv in der gestrigen Fraktionssitzung zu besprechen. Es ist ja nach wie vor die Frage offen, wie will man, vor allen Dingen was den Zeitplan betrifft, vorgehen. Es ist ja auch als Frage in den Raum, von unserem Fraktionsobmann, sehr deutlich dargestellt worden.
Ich darf daher erklären, ich bin nach wie vor der Auffassung, dass es notwendig ist, eine derartige Einrichtung im Interesse der Jugendlichen zu errichten, aber diese ganze Vorgangsweise und der Ablauf ist noch nicht klargestellt. Nachdem es ja eine nähere Beschlussfassung noch geben wird, wie ich hoffe, es geht zwar aus dem Amtsbericht nicht hervor, wir haben auch nicht darüber diskutiert in welcher Form eine Beschlussfassung dann durchgeführt werden soll, werde ich mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke sehr. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, werte Presse, wir erleben eigentlich immer wieder die gleiche Situation. Ich habe ein bisschen weiter zurückgegriffen, bis ins Jahr 1995, denn dort wurde schon vom WI-Hof gesprochen und zwar im Zusammenhang mit dem Ankauf des Kommunalen Zentrums am Tabor. Das war nämlich der Beginn für die Situation in der wir jetzt stehen. Damals musste man die Autobusgarage verlegen, aufgrund arbeitsrechtlicher Probleme. Es war das Arbeitsinspektorrat mehrmalig dort und hat festgestellt, dass man die Autobusgarage im Münichholz nicht mehr so betreiben kann wie bisher. Man ist dann auf die Idee gekommen, man sucht einen neuen Platz. Der Bürgermeister Leithenmayr hat dann gesagt, wenn wir einen neuen Platz für die Autobusgarage suchen, dann auch gleich für den WI-Hof und auch gleich für das Gas- und Wasserwerk ect. Wir haben uns dann x-mal unterhalten bezüglich des Ankaufs des Kommunalen Zentrums, das ja nicht so einfach über die Bühne gegangen ist. Wir haben das Problem bezüglich Standortauswahl damals gehabt und haben es jetzt genauso wieder. Das verfolgt uns schon seit Jahren. Wir haben damals schon gesagt, wir sind für die Zusammenlegung des Kommunalen Zentrums, aber der Platz, den muss man sich genauer anschauen. Oben am Tabor, in der ersten Reihe, neben einer stark befahrenen Straße, neben einer Einkaufsstraße eine Autobusgarage zu errichten, das ist sicher nicht das Gelbe vom Ei. Wir werden zwar jetzt 20, 30 Jahre damit leben können, aber später dann wird man sicher genauso in der gleichen Situation sein wie jetzt bei der Kaserne am Tabor oben. Man wird einen Standort haben, wo man sagt, der Grund ist zu teuer, das wollen wir nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zur Sache bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Das ist die Sache. Ich hole jetzt sehr weit aus, aber das sollen sie sich anhören. Gerade sie, Herr Bürgermeister, sie waren ja damals noch nicht dabei. Es ist ganz wichtig auch für die Leute, die damals noch nicht dabei waren, die Synergieeffekte. Im April 1995 haben wir davon gesprochen. Welche Synergieeffekte haben wir denn durch die Verlegung auf den Tabor? Wir haben den Synergieeffekt, alles unter einem Dach zu haben und speziell auch den WI-Hof. Wir haben auch den Synergieeffekt, Einsparungen zu haben. Einsparungen durch die Betriebsführung an einem Platz, unter einem Dach und wir haben Einnahmen durch den Verkauf der freiwerdenden Objekte. Jetzt bin ich beim Punkt. Wir haben eines erfüllt, wir haben die Autobusgarage an die Fa. Strauß verkauft. Der zweite Punkt ist nicht mehr erfüllt worden. Wir haben den WI-Hof nicht verkauft. Und zwar aus Gründen einer Kegelsportanlage, ein bisschen auch, zumindest der Herr Bremm weiß es, Einstellung von Fahrzeugen. Das kann doch nicht der Grund sein, dass wir jetzt den WI-Hof nicht verkauft

haben. Wir hätten Einnahmen gehabt, wir hätten Zinserträge gehabt. Das haben wir alles nicht. Das was damals der Bürgermeister Leithenmayr vorgeschlagen hat, zusammenfassen von Betrieben unter einem Dach ist jetzt anscheinend schon wieder vergessen. Wir gehen jetzt wieder auseinander. Wir suchen uns jetzt wieder neue Plätze. Der Vorredner hat es ja gerade wieder gesagt, es gibt auch andere Plätze dafür. Das ist unser altes Leiden hier herinnen. Das fängt an mit dem Kommunalen Zentrum, das hat sich fortgesetzt am Tabor bei der Bezirkssporthalle. Auch hier wollte man uns unterstellen wir sind gegen Sport, wir sind gegen eine Bezirkssporthalle. Wir sind es nicht, wir sind nur gegen diesen Platz. Und genauso ist es hier auch wieder. Wir sind gegen diesen Platz unten im WI-Hof, denn wir haben damit etwas anderes gewollt und es gibt andere Plätze dafür. Bitte verquicken wir nicht immer in der Diskussion einen Grundsatzbeschluss, wir wollen etwas und gleichzeitig mit einem Gebäudeankauf wollen wir das auch. Das finde ich einfach unfair. Der Amtsbericht bzw. die zwei Amtsberichte sind ja hoch interessant. Verfasst sind sie vom Magistratsdirektor. Es gibt eigentlich keinen Referenten dafür. Unser Stadtrat Eichhübl zeichnet alles ab, was in seinem Bereich fällt. Ich sehe in keinem Amtsbericht hier von einem politischen Referenten nur irgendetwas. In einem Amtsbericht schreibt der Magistratsdirektor, der Standort soll der ehem. WI-Hof sein. Ich meine Herr Magistratsdirektor, sind sie jetzt der Chef hier im Haus oder der Bürgermeister? Sie schlagen uns vor, wo die Produktionsschule hinkommen soll. Das glaube ich, kann es nicht sein. Im zweiten Amtsbericht schreibt er aber schon ein bisschen sanfter der Magistratsdirektor, als Standort wird der ehem. WI-Hof überlegt. Also, er will uns immer wieder suggerieren, es ist ja an und für sich eh schon eine gemähte Wiese. Das bitte, das kann es nicht sein. Ich sage wirklich, diskutieren wir die Sache. Okay, wir wollen eine Produktionsschule, definieren wir einmal was das sein soll, aber bitte definieren wir auch die Kosten dazu. Wer soll das bezahlen? Wo ist das Geld dafür? Ich sehe in dem einen Amtsbericht keine Zahlen. Nicht einmal eine Zahl, was das kosten soll. Wir können so nicht vorgehen. Ohne Finanzierungsplan, ohne Kostenaufstellung, was uns das kosten soll, können wir dem nicht zustimmen. Das ist doch unmöglich.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Das Finanzierungskonzept ist jeder Fraktion bekannt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Er ist ja nicht in der Fraktion, darum weiß er das nicht.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Ich wiederhole mich noch einmal, das ist mir wirklich ein Anliegen. Wenn wir hier so weiter tun wie in der Geschichte, immer wieder Standorte festzulegen, gleichzeitig mit Einrichtungen und immer nur gemeinsam diskutieren, werden wir immer Probleme haben miteinander. Das kann ich jetzt schon voraussagen. Bei solchen Sachen muss man das getrennt betrachten. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön Herr Fürweger. Nächste ist die Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich tu mir fast schwer überhaupt zu wissen, wo ich beginnen soll. Wer nicht selbst erlebt hat, was in dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenz passiert ist, und das waren eben nur die Fraktionsvorsitzenden, kann sich nicht ausmalen, wie da jongliert worden ist mit Zahlen, mit Unwahrheiten und wo es meines Erachtens in keinster Weise um die Jugendlichen gegangen ist. Wenn es um etwas gehen sollte, dann sind es Maßnahmen für die Jugendlichen. Aber das ist nie im Hintergrund gestanden. Ich traue mir diese Aussage zu treffen, aufgrund aller Recherchen die ich gemacht habe. Ich habe stundenlang mit den zuständigen Personen telefoniert. Ich muss sagen, ich bin aus dem Staunen nicht mehr herausgekommen. Gehen wir einmal ganz einfach zu den Fakten und zwar zum letzten Amtsbericht, weil da tut sich jeder am leichtesten, den hat jeder zum Schluss liegen. Da ist eine Statistik vom AMS wo im August 2002 160 Lehrstellensuchende sind. Dem gegenüber stehen zwanzig offene Lehrstellen. So, 32 Jugendliche sollen in dieser Maßnahme der Produktionsschule Aufnahme finden.

Zugleich soll aber im Gegenzug die Jugendwerkstätte geschlossen werden, die im Schnitt 12 Personen betreut. D. h., wir sind nur mehr bei einer Maßnahmen von zusätzlich 20 Personen. D. h., wenn man von den 160 Jugendlichen 20 nimmt, bleiben uns immer noch 140 Jugendliche ohne Beschäftigung. Was machen wir mit diesen? Da hat sich keiner was überlegt. Wenn diese 32 Jugendlichen diese Maßnahme der Produktionsschule, so wie sie jetzt vom BFI vorgestellt worden ist, durchlaufen, kommen sie nach 6 Monaten, 12 Monaten, 18 Monaten, so genau wusste man das beim BFI übrigens auch nicht. Ich habe jedes Mal eine andere Verweildauer erfahren, je nachdem mit wem ich telefoniert habe. Einmal hat es geheißen sie bleiben 4 Monate drinnen, einmal sie bleiben 6 Monate drinnen, einmal sie bleiben 12 Monate drinnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nach Bedarf!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Es gibt eine max. Verweildauer!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Es gibt eine maximale Verweildauer, es gibt eine minimale Verweildauer und glaube mir Andreas, ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Genauso ist es.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber es kann nicht einmal die durchschnittliche 12 sein und im nächsten Gespräch die durchschnittliche 18 und im nächsten Gespräch die durchschnittliche 6. Aber gut, geben wir das einmal beiseite. Jetzt sind die Jugendlichen nach diesen paar Monaten fertig mit der Produktionsschule, nur sie haben keinerlei Formalqualifikation, gerade in Österreich ist die Formalqualifikation eine wesentliche Qualifikation, und sie haben keine Lehrstelle. Wir haben keine einzige zusätzliche Lehrstelle mit diesem Modell geschaffen. Was uns ein Anliegen sein sollte, und das hätte es uns bereits vor zwei Jahren sein müssen, wie das Thema Produktionsschule zum ersten Mal aufgetaucht ist, allerdings in einem sehr internen Kreis, nämlich nur mit dem Altbürgermeister Leithenmayr, hätte man eben diskutieren sollen, ganz einfach, welches Problem haben wir. Wir haben zu viele arbeitslose Jugendliche und zu wenig Lehrstellen. Wie können wir dieses Problem am besten lösen? Und zwar auch am besten lösen im Sinne der betroffenen Jugendlichen und auch am besten lösen mit dem Einsatz der finanziellen Mittel. Aber diese Diskussion wurde leider nicht geführt. Da ist es mehr oder weniger um parteipolitische Deals gegangen. Warum weigert man sich z. B. diese Produktionsschule auszuschreiben?
Zwischenrufe: Wer?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Es wird ja grundsätzlich nicht alles bezahlt.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber die öffentliche Hand. Gut, dass sie mich daran erinnern, das war ein ganz wichtiger Punkt.

GEMEINDERAT RUDOLF BLASI:
Sie müssen sich zuerst einmal richtig informieren!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Herr Blasi, sie können mir viel vorwerfen aber nicht, dass ich mich in dieser Sache nicht informiert hätte.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

So, diese ganzen Zwischenrufe zeigen ja eines nur sehr deutlich, dass man Angst davor hat, sich überhaupt anzuhören, was da kommt, weil wenn man eh so ein gutes Gewissen hat, wenn eh alles passt, dann kann man mich ja ausreden lassen.
Ich wollte es nicht tun, aber ich tue es jetzt.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wie gesagt, Faktum ist, um die arbeitslosen Jugendlichen ist es nicht gegangen. Es gibt bis heute nicht einmal ein wirkliches, ordentliches pädagogisches Konzept. Es gibt eine Produktionsschule in Linz und diese Produktionsschule läuft wirklich tadellos. Diese Produktionsschule ist aber keine Einrichtung des BFI und diese Produktionsschule wird von einem Verein betrieben, der den Zuschlag bekommen hat aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung. Damals ist das BFI nicht zum Zug gekommen. Dem BFI wurde aber politisch versprochen, beim nächsten Mal dabei zu sein, falls sich wieder eine Gelegenheit ergibt. Das war die Geschichte eben jetzt in Steyr. Ich kann mich sehr gut erinnern an das Gesicht mancher Fraktionsvorsitzender am 1. 7. in dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenz bzw. dann erst am 11. 7. Genau, am 11. 7. erst, wie die Präsentation durch das BFI war, wo uns eigentlich immer vorgegaukelt worden ist, dass diese Produktionsschule in Linz durch das BFI betrieben wird und man deshalb als BFI ja die Erfahrung mit dieser Produktionsschule habe. Ich habe erst in dieser Fraktionsvorsitzendenkonferenz darauf hingewiesen, dass das ja gar nicht der Fall ist. Das war manchen gar nicht bewusst und das hat das BFI auch nirgendwo erwähnt, weil da wollte man uns einfach etwas vorgaukeln. Ein pädagogisches Konzept, ein durchdachtes Konzept, gibt es zumindest bis heute nicht im Akt. Das was im Akt liegt, das ist ein bisschen bla, bla, bla, aber das ist kein pädagogisches Konzept meine Damen und Herren. Wenn einer der Hauptverantwortlichen des BFI, nämlich einer, der die Leitung übernehmen soll für diese Produktionsschule in Steyr, nicht einmal den Evaluationsbericht von der Produktionsschule in Linz kennt, der sogar über das Internet abrufbar ist, dann frage ich mich schon, wie genau hat man sich mit diesem Thema auseinander gesetzt. Ich habe im Sommer einmal mit ihm telefoniert und wollte einige Punkte von diesem Bericht durchgehen, weil mich interessiert hat, wo liegen die Unterschiede der Steyrer Produktionsschule gegenüber der Linzer. Aber er kannte diesen Evaluationsbericht nicht. Der ist sogar im Internet abrufbar. So genau hat man sich mit dieser Thematik beschäftigt. So pädagogisch wichtig waren einem die Jugendlichen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Also das ist ein Skandal, dass man jemanden, der jahrelang bei Jugendprojekten in Steyr arbeitet, unterstellt, dass die Jugendlichen ihm nicht wichtig sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe nur gesagt, am 15.7. hat er mir mitgeteilt, dass er diesen Evaluationsbericht nicht kennt. Daraus kann jeder dann seine Schlüsse ziehen, ob das wirklich alles pädagogisch so wichtig war. Wenn man da z. B. in diesen Amtbericht hineinschreibt, auf welche Jugendlichen man eingeht, welche Defizite diese Jugendlichen haben, dann würde ich davon ausgehen, dass diese Jugendlichen auch sozial sehr stark betreut werden. 32 Jugendliche mit primär sozialen Defiziten, mit schulischen Defiziten, sollen betreut werden. Die Berufsausbildung steht nicht im Vordergrund. Es steht im Vordergrund sie zu befähigen, dass sie nach dieser Produktionsschule einen Job finden. So, und dann ist vorgesehen, für 32 Jugendliche ein einziger Sozialpädagoge. Das kann ich mir nicht gut vorstellen, meine Damen und Herren, wenn es mir wirklich wichtig ist, dass ich diese schulischen Defizite aufhole. Ich habe hier am 15.7.: ein Sozialpädagoge, 4 Werkstättenleiter, eine Leitungsperson, 0,75 Verwaltungseinheiten.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Glaubst du, dass die Werkstättenleiter keine sozialpädagogische Ausbildung haben oder was?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Mir ist mitgeteilt worden, dass die Werkstättenleiter über keinerlei pädagogische Ausbildung

verfügen, im Regelfall.
Andreas, warum von dir die Zwischenrufe kommen, lässt sich sehr gut erklären. Da sind wir wieder bei den politischen Deals. Die Jugendwerkstätte war einer der größten Konkurrenten des VABB. Dem VABB ist mehr oder weniger anscheinend ein bisschen, und da bist ja du glaube ich nach wie vor involviert, korrigiere mich, wenn es nicht so ist, du bist Obmann dieses Vereines, dass die Jugendwerkstätte einer der größten Konkurrenten des VABB ist, aber die Jugendwerkstätte jetzt abgebaut wird. D. h., der VABB profitiert sehr wohl davon, wenn es die Jugendwerkstätte nicht mehr gibt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Das geht 1:1 ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Können sie sich einmal zu Wort melden Herr Kollege Kupfer wenn sie etwas zu sagen haben!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Auf persönliche Angriffe darf ich wohl reagieren.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich bitte um Ruhe.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Faktum ist, dass die Jugendwerkstätte zugesperrt werden soll und damit einer der größten Konkurrenten des VABB wegfällt. Das ist mir so vom BFI auch bestätigt worden. Ich kann dir auch gerne die diesbezüglichen Aktenvermerke geben. D. h., in diesem Fall lieber Andi Kupfer bist du schlichtweg befangen. Ganz einfach.
Ein anderer wesentlicher Punkt, der ist heute auch schon gefallen, ist die Finanzierung. Es ist schon interessant, wenn in einer Fraktionsvorsitzendensitzung man die Frage nach der Finanzierung und den laufenden Kosten stellt, und einem dann mitgeteilt wird, die laufenden Kosten brauchen uns nicht zu interessieren, weil für die laufenden Kosten kommt ohnedies das Land auf. Also meine Damen und Herren, ich glaube es ist ziemlich egal ob das Land dafür aufkommt, ob die Stadt, der Bund dafür aufkommt, es sind Gelder der Steuerzahler und man muss alles in einer Summe sehen, wenn man eine Kostennutzenrelation haben will und wenn man einigermaßen ökonomisch denkt. Ich habe darauf hin beim BFI angerufen, habe gesagt ich möchte bitte die laufenden Kosten haben. Die Antwort war, das darf ich ihnen nicht sagen, fragen sie den Herrn Magistratsdirektor. Das kann es doch bitte nicht sein. Wir wollten eine Kostenauflistung wie schaut es aus, was kostet das in Summe. In Summe können sie sich durchrechnen, ich kann es ihnen nicht exakt auf den Euro sagen, weil da auch sehr widersprüchliche Aussagen sind, aber im Schnitt zwischen 10.000,-- und 20.000,-- Euro pro Jugendlichen. Wenn ich das herunterbreche könnte ich jedem dieser Jugendlichen einen persönlichen Coach zur Verfügung stellen und ich würde sie wohl besser auf die Berufswelt vorbereiten können als ein Sozialpädagoge bei 32 Jugendlichen.
Die Frage was wir mit den anderen Jugendlichen tun, mit den 140 für die wir jetzt keine Maßnahmen haben, die ist auch noch immer offen. Wie machen wir, und daran liegt es ja, es liegt an den mangelnden Lehrstellen, die Lehrstellen attraktiver? Wie schaffen wir es, Unternehmer dazu zu bewegen, dass sie mehr Lehrstellen anbieten? Und vor allem eines: Wie schaffen wir es, dass diese Defizite, die diese Jugendlichen zwischen 15 und 25 mitbringen, erst gar nicht entstehen? Dazu könnte ich ihnen viele als betroffener Lehrer erzählen, wo man die Schule in den letzten Jahren schlichtweg kaputtgespart hat, dann aber plötzlich wieder große Maßnahmen in Gang bringen muss, um diese Defizite, die durch diese falschen Einsparungen entstanden sind, wieder wett zu machen. Ein ziemliches Kuriosum.
Noch etwas. Ich habe mich immer gefragt, wie sind eigentlich diese 4 Ausbildungszweige zustande gekommen? Wobei von Ausbildungszweig möchte ich gar nicht sprechen, es ist um 4 Bereiche gegangen wo die Jugendlichen eine, unter Anführungszeichen, Schmalspurausbildung bekommen sollen. Das war Holz, Metall, EDV. Dann gibt es ein Schreiben, wo das ein bisschen klarer wird. Das BFI hat auch Jugend am Werk, eine Einrichtung in Linz. Dort sind eine Reihe von Maschinen, die

man derzeit nicht braucht. Und diese Maschinen, die man derzeit nicht braucht, die gibt man eben nach Steyr in diese Produktionsschule. Und daran jemanden auszubilden, der wahrscheinlich das was er auf dieser Maschine lernt auch nicht mehr brauchen wird. Da ist es schlichtweg nie um die Jugendlichen gegangen. Da ist es darum gegangen, dass das BFI einen Auftrag bekommt, dass das BFI seine einzelnen Unternehmen beschäftigen kann, die Renovierung über ein BFI-Unternehmen erfolgt, die Auftragsvergabe an ein BFI-Unternehmen erfolgt und da ist es um diesen Deal anscheinend gegangen, der da abgesprochen war in Richtung VABB. Aber um die Jugendlichen, meine Damen und Herren ist es wirklich nicht gegangen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Anscheinend.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, anscheinend. Es hat den Eindruck vermittelt lieber Andi Kupfer.
Mir ist selbstverständlich klar meine Damen und Herren, dass sie die Keule schwingen werden. Es ist ja ganz einfach zu sagen, jemand der gegen diese Produktionsschule ist, der ist gegen die Ausbildung der Jugendlichen. Nur damit machen sie es sich etwas sehr zu einfach, weil das was hier in Steyr geplant wird, 1. nicht einmal wirklich geplant ist, und 2. mit der Produktionsschule wie sie in Linz passiert, überhaupt nichts gemein hat außer dem Namen. Das traue ich mich hier so zu sagen. Ich habe mich sehr intensiv mit dieser Thematik beschäftigt. Was in Linz geleistet wird, im Rahmen dieser Produktionsschule, ist vorbildlich. Hier in Steyr hat man etwas zusammen gebastelt. Bis heute weiß man nicht genau wie ein Tagesablauf sein wird, bis heute weiß man nicht genau was dort alles passieren soll, aber Hauptsache wir machen es.

Noch ein kleines, pikantes Detail am Rande. Wie kommen die Leute überhaupt in diese Produktionsschule? Na ja, da gibt es sogenannte Berufsorientierungsmaßnahmen, die in der Zeit zwischen September und November stattfinden. Da werden die Jugendlichen einmal so, unter Anführungszeichen, durchgecheckt, wo liegen ihre Stärken, wo liegen ihre Schwächen, welche Maßnahme würde sich für sie anbieten. Das ist schon ganz interessant. Noch lange bevor diese Berufsorientierungsphase ist, wissen wir ganz genau, dass 32 Jugendliche in diese Produktionsschule passen, obwohl wir diese Maßnahmen noch gar nicht durchgeführt haben. D. h., das BFI hat eine Zusage anscheinend gehabt vom AMS für 32 Jugendliche. Egal ob diese Jugendlichen da hineinpassen oder nicht. Die werden ganz einfach als Schachfigur verwendet. Wenn wir da noch einen Platz frei haben, dann stecken wir den Jugendlichen da hinein. Ob der das braucht oder nicht, wird gar nicht gefragt. Sonst könnte ich nicht wissen, dass ich genau für 32 Jugendliche dort diesen Platz brauche. Wissen sie, wer diese Berufsorientierungsmaßnahmen in den letzten Jahren in Steyr immer durchgeführt hat? Das BFI. Das BFI diagnostiziert in diesen Berufsorientierungsmaßnahmen genau, welche Jugendliche wo hinkommen. Die kommen eben dann in diese Produktionsschule. Heuer hat das BFI diesen Auftrag nicht bekommen, weil im Vorfeld einfach die Optik schon sehr schlecht war und man intern Jonglierungen dann anscheinend schon irgendwo durchgeführt hat. Aber alles in allem würde ich aufgrund dessen, was in diesem Zusammenhang bis jetzt passiert ist, oder nicht passiert ist. wir wissen nicht einmal wo der Standort ist, wir wissen nicht wie das funktionieren soll, wir haben in diesem Grundsatzbeschluss nicht einmal eine Kostenaufstellung. Aus all dem heraus würde ich es für sehr sinnvoll halten und für längst an der Zeit, dass man sich gemeinsam zusammensetzt, sehr rasch, das kann nächste Woche sein, und wirklich überlegt, wie kann man diesen Jugendlichen ganz gezielt helfen, mit welchen Maßnahmen. Wir haben eine Reihe von Einrichtungen in Steyr. Es gibt ja bereits welche, die sich um Jugendliche kümmern und dass man sich in Kooperation mit den Betroffenen, mit Vertretern Arbeitgeber, mit Vertretern Arbeitnehmer, auch mit Vertretern der Jugendlichen, gemeinsam an einen Tisch setzt und eine wirklich sinnvolle Lösung findet und diesen Tagesordnungspunkt schlichtweg absetzt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Damen und Herren der Presse. Ich habe heute hier heraußen eine Premiere. Das erste Mal muss, darf ich meinen Kollegen Pfeil verteidigen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich kann mich schon selbst verteidigen.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der Herr Bürgermeister hat gesagt, ich glaube Herr Dr. Pfeil sie wissen nicht was eine Produktionsschule ist. Ich gewinne mittlerweile den Eindruck, dass niemand von uns weiß was eine Produktionsschule ist. Vor allem auch nicht jener Mann, jene Person, die uns das bei dem Gespräch, das war am 11. 7., vorgestellt hat, das war der stellvertretende Direktor des BFI, der Herr Gruber. Auch der dürfte offensichtlich nicht wissen was eine Produktionsschule ist. Ich höre bei jeder Sitzung, bei jeder Information die wir bekommen, vollkommen neue Vorstellungen, die sich entweder auf die Zielgruppe beziehen oder auch auf die Ausrichtung. Ich darf das wirklich im Detail jetzt auch erklären. Ich habe alle Unterlagen bitte schriftlich mit und darf sie dann anschließend an die Frau Vzbgm. Mach weiter geben, um zu verhindern, dass wieder eine parteipolitische Aussendung vom Magistratspressedienst hinausgegeben wird und trotz Ersuchen, seit zwei Monaten, nicht revidiert wurde, obwohl belegbar ist, dass diese Anschuldigungen falsch sind.
Ich darf zurückgehen zu dieser Sitzung am 11.7. Am 11.7. wurde uns gesagt, es stehen so viele Lehrstellensuchende, über 100, da und haben keine Lehrstelle. Ich habe hier entgegnet, dass die Auskunft, die ich am Vormittag des 11.7. bekommen habe, die bitte auch belegt ist, ich habe sie hier. Zu diesem Zeitpunkt waren 41 Lehrstellensuchende bei 20 offenen Lehrstellen. Es gibt allerdings über die Lehrstellensuchenden hinaus jugendliche Arbeitslose und die wurden von mir ebenfalls angesprochen. Der Herr Dir. Gruber hat uns mitgeteilt, die Zielgruppe für diese Produktionsschule sind Jugendliche, die man nicht gleich direkt in eine Lehrstelle vermitteln kann, sondern die zuerst qualifiziert werden müssen, damit sie in der Lage sind, eine Lehrstelle anzunehmen. Wortwörtlich die Erklärung, das ist ungefähr Niveau 3. Leistungsgruppe und hier das untere Drittel. Das ist auch das, was mir der Bürgermeister Forstenlechner noch gestern Nachmittag so bestätigt hat. Der Herr Dr. Gruber hat uns ebenfalls mitgeteilt, dass das AMS an ihn herangetreten ist, so eine Produktionsschule zu machen. Nachfrage beim AMS, das stimmt nicht. Das BFI ist an das AMS herangetreten, was ist, wenn wir so etwas machen, bekommen wir von euch Jugendliche. Hier hat sich das AMS dann mit dem BFI geeinigt, auf diese 32. Gefordert sind zuerst mehr geworden. Das AMS hat gesagt, letztes Jahr sind im September ungefähr 70 Jugendliche mehr oder weniger übrig geblieben, wir konnten sie nicht an eine Lehrstelle vermitteln. Es gibt, und auch das ist interessant, 18 Maßnahmen, die sich mit dieser Zielgruppe beschäftigen, auch das ist in schriftlicher Form hier, von 10 verschiedenen Institutionen. Das AMS hat uns das hier mitgeteilt, Aussage von heute Vormittag, Mag. Heindl, von dem ich auch diese Kursmaßnahmen bitte habe. Was ist die Zielgruppe einer Produktionsschule? Sind das jene, ich habe wortwörtlich den Ausdruck verwendet, 3. Leistungsgruppe, das untere Level? Er hat gesagt, nein, das ist nicht die Zielgruppe und die werden wir der Produktionsschule nicht schicken. Die Zielgruppe sind Jugendliche, die ein Potential haben, dass sie an eine Lehrstelle vermittelt werden können und, wortwörtlich, ich zitiere, das tut uns weh, weil bisher hat die Jugendwerkstatt Jugendliche betreut, die fast keine Chance gehabt haben. Das war wirklich ein soziales Projekt. Das waren jene, auf die diese Zielgruppe hinspricht. Aber die Jugendwerkstatt läuft jetzt aus und nicht diese Klientel von dieser auslaufenden Geschichte, die übergehen soll in die Produktionsschule ist die Ansprechgruppe, sondern eine ganz eine andere. Ich habe daraufhin mit der Leiterin der Produktionsschule in Linz telefoniert. Das ist eine gewisse Frau Ponny Szebe, die ist in Steyr bekannt, die war in der offenen Arbeitsstiftung unter Herrn Köfler und die leitet mittlerweile seit über einem Jahr die Produktionsschule Linz, die sich nach dem Vorbild der Produktionsschule in Dänemark orientiert und auch die hat mir ganz klar gesagt, Zielgruppe sind nicht, ich sage es jetzt einmal ganz einfach gesagt, die Schlechtesten, sondern jene die vielleicht

nicht im ersten Anlauf unterzubringen sind. Aber wenn wir uns mit ihnen beschäftigen und ihnen ein bisschen eine Hilfestellung geben, dann bringen wir sie am Arbeitsmarkt unter. Erfolg bitte 85 %. Ein tolles Ergebnis. Die Zielgruppe ist übrigens nicht wie jetzt in diesem Amtsbericht angesprochen 15 bis 25 Jahren, sondern 15 bis, vorher war es 19, jetzt wurde es erhöht, 20 Jahre. D. h., Zielgruppe ganz klar: Nichtqualifizierung für einen normalen Beruf, sondern Qualifizierung für eine Lehrstelle. Limitiert mit 12 Monaten, durchschnittliche Verweildauer 4,8 Monate. Die Ausrichtung war, Textilwerkstatt, Tischlerei, Medienwerkstatt, Metallwerkstatt, Kreativwerkstatt, Zeichen- und Malstudio. So, und jetzt kommt es, jetzt habe ich gesagt, was hat das gekostet bei der Errichtung? Die Frau Szebe hat mir mitgeteilt, für 35 Jugendliche hat das 2,1 Millionen Schilling gekostet. Es wurden adaptierte Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Adaptierung dieser Räumlichkeiten, die Kosten haben sich das Land und die Stadt Linz geteilt, haben 3,5 Millionen Schilling gekostet. Ingesamt macht das für 35 Jugendliche 5,6 Millionen Schilling aus, das sich Linz und das Land OÖ das für den Raum Grieskirchen, Wels und Linz eben betrifft. Bei uns wechselt die Zielgruppe. Nachdem man gesehen hat, dass die lehrstellensuchenden Jugendlichen rückläufig sind, das ist das was ich am 11.7. bitte schon gesagt habe, und zwar sich gegenüber dem Vorjahr um 14,4 % rückläufig gezeigt haben, hat man gegenüber der damaligen Aussage, und auch dem was uns in der Fraktionsobleutekonferenz mitgeteilt wurde, die Zielgruppe nicht von 15 auf 19, sondern von 15 auf 25 Jahre erhöht. Wenn ich mir das jetzt anschaue, dann glaube ich nämlich wirklich, man weiß nicht was eine Produktionsschule ist nämlich, und jetzt darf ich wieder ausführen, im Oktober beginnt ein Pilotprojekt des AMS OÖ und des Landes OÖ. Dabei sollen arbeitssuchenden vorgemerkten Personen die Möglichkeit geboten werden nach einem max. 14-monatigen Qualifizierungs- und Praxismodell eine Lehrabschlussprüfung in einem von 12 Metall- oder Elektroberufen abzulegen. Während dieser 14 Monate werden die Teilnehmerinnen am Projekt von einer Implacementstiftung betreut. D. h., das ist hier nicht die Zielgruppe für die Lehrstellensuchenden, sondern für die, die schon etwas älter sind. Ich frage mich, was wollen wir eigentlich? Wollen wir wirklich, wie es der Bürgermeister gestern zu mir gesagt hat und auch im StS gesagt hat, jene Jugendliche unterstützen, die wirklich keine Chance haben, die eine Betreuung brauchen? Da bin ich bei der Michaela Frech, da kommen wir mit einem qualifizierten pädagogisch Geschulten nicht aus, weil das sind wirklich jene Jugendliche, die ein Problem schon aus der familiären Struktur heraus haben. Oder geht es um jene, die auch mit anderen Maßnahmen des AMS eine Lehrstelle erreichen können, wie es auch die Vergangenheit gezeigt hat. Auch im vorigen Jahr sind von den 70, die im September noch waren, im Juni dann noch 40 gewesen bei 20 offenen Lehrstellen. D. h., unter all diesen Eindrücken, die ich jetzt gewonnen habe nach den Aussagen die ich von den direkt Betroffenen und Verantwortlichen habe, möchte ich hier wirklich den Antrag stellen, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen und sich in Ruhe, und wirklich mit allen Beteiligten, mit dem AMS, an einen Tisch zu setzen und vernünftige Richtlinien für die Produktionsschule aufzustellen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke Herr StR Mayrhofer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Zur Geschäftsordnung. Ich stelle den Antrag an Zuweisung dieses Antrages zu dem zuständigen Ausschuss, Sozialausschuss, denn hier fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine Beschlussfassung und dieser Antrag soll vorbereitet werden und dann dem GR vorgelegt werden.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir haben noch zwei Wortmeldungen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Jetzt muss diskutiert werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut, jede Fraktion hat eine Wortmeldung. Gerhard.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Anbetracht der Situation dass wir hier zu einer Lösung und zu einem Ergebnis kommen sollen, ist es jetzt nicht in Ordnung den Antrag abzusetzen und wieder zu schubladieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das liegt ja an der Frau Mach ob sie den Antrag schubladieren möchte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Aber ihr wollt ihn schubladieren. Ihr wollt das einfach irgendwo hinschieben. Ich werde dann ja in meinem Diskussionsbeitrag noch darauf zurückkommen. Jetzt zu ihrem Antrag. Ich glaube, das gehört heute ausdiskutiert und nicht einfach abgesetzt und dann soll auch ein Beschluss gefasst werden, egal wie er dann ausgeht. Aber hier haben wir dringend Handlungsbedarf.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich kann nur sagen, das ist die alte Dampfwalzenmethodik der SPÖ. Drüberfahren, wir bekommen die Mehrheit und wir machen was wir wollen und alles andere ist egal. Bitte bereiten sie diese Anträge vor, besprechen sie die Anträge in den Ausschüssen vor, legen sie alle Sachen auf den Tisch, alle Informationen auf den Tisch. Was hier im Akt vorliegt ist nicht ausreichend um eine Investition in einer derartigen Höhe bei derartigen unsicherem Ausgang durchzuführen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich möchte ganz klar zum Ausdruck bringen, mir fehlen heute, zum jetzigen Zeitpunkt mit Sicherheit Kriterien und Unterlagen nach denen man wirklich sagen kann, das ist das Notwendige. Ich erlaube mir auch, und das möchte hier zum Protokoll geben, dass ich auch die verantwortlichen Stellen im Land, AMS über das Projekt informieren werde.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Grüne.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat, es gibt glaube ich kaum ein Projekt in dieser Stadt und auch in anderen Städten oder Gemeinden, das 1:1 so durchgeführt wird wie es im Amtsvorschlag oder wie es in den einzelnen Prognosen beschrieben wird. Gerade bei Projekten die sich speziell mit Menschen beschäftigen kommt man immer wieder drauf, dass man das eine oder andere noch nachrangieren muss. Das ist auch gut so. Das ist auch durchaus okay. Ich denke mir das ist kein Rechtsabsatz oder irgendwo festgeschrieben ect. Gerade da muss man flexibel sein. Was aber spürbar ist, das ist das, dass sich manche der einzelnen Fraktionen hier nicht besonders im Vorfeld für dieses Projekt interessiert haben. Erst dann, wo dann zu lesen war ...

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Das ist die Höhe. Wenn die einzigen Leute ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sie dürfen dann ihre lautstarke Meldung hier heraußen kund tun.
Wann haben sie sich denn damit beschäftigt? Ich kann mich sehr gut erinnern, dass wir, ich glaube 1998 oder 1997, bereits über diese Produktionsschule gesprochen haben. Das hat der Herr Bgm. Leithenmayr damals des Öfteren erwähnt und wir haben des Öfteren darüber gesprochen. Auf einmal kommen sie drauf, dass sie sich ein paar Tage vorher meinetwegen, jetzt genauer informieren, was die genauen Inhalte dieser Produktionsschule sind. Jetzt ist das eben im Fluss. Nur eines darf uns nicht bitte schön aus den Augen verloren gehen, nämlich um den wirklichen Inhalt dieses Projektes. Sie sind ja sehr gerne eingeladen, dass sie da auch mitwirken. Wenn wir jetzt das in die Schublade kehren und verhindern wollen, was für mich so ein bisschen spürbar war, da ist wieder so eine Geschichte, die will die eine Partei wieder besonders und da müssen wir natürlich schauen, was gibt es da wieder zum Herumtun. Also, da könnte man theoretisch jeden Amtsvorschlag hernehmen und herumradieren oder was weiß ich was und sagen, das passt uns nicht und das passt uns nicht. Aber die Idee geht uns dabei verloren und um die Idee geht es wirklich. Wenn sie verantworten können, dass diese ganze Produktionsschule wieder einige Monate hinausgezögert wird, dann tun sie es hier bitte öffentlich. Damit beweisen sie aber auch, dass ihnen das kein besonderes Anliegen ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Liberales Forum.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Es ist schon eine gewisse Unverfrorenheit, wenn man jetzt hergeht und einzelnen Mandataren vorwirft, man hätte sich nicht informiert, nämlich gerade jenen, die sich am meisten informiert haben und deshalb auch das Ganze kritisch sehen, weil sie eben wissen wovon sie reden. Und wenn man auf der anderen Seite genau diesen Mandataren, die sich sehr genau beschäftigt haben, vorwirft sie würden etwas verzögern, dann darf ich ihnen einen Aktenvermerk über eine Besprechung vom 7.9.2001, also vor mehr als einem Jahr, über die Errichtung einer Produktionsschule im Stadtgut Steyr zur Kenntnis bringen, bei der von den politischen Vertretern niemand anwesend war, weil er auch nicht eingeladen war, außer dem Herrn Altbürgermeister Leithenmayr. Da ist es schon ziemlich in das Detail gegangen, dass diesen Auftrag das BFI bekommen soll. Da war auch der stellvertretende Leiter Dr. Gruber dabei. In diesem Aktenvermerk ist ein schöner Satz: „Herr Steinbichl vom Land, anerkennt den Bedarf in der Region und äußert sich grundsätzlich positiv zu einer Produktionsschule. Er wendet jedoch ein, dass die Produktionsschule in Linz öffentlich ausgeschrieben worden ist und dem Bestbieter zugeschrieben wurde. Dir. Stv. Gruber meint, dass aufgrund der Angebotspalette das BFI der Bestbieter sein wird.“ Wenn das wirklich so ist, dann hätte man ja schon vor einem Jahr diese Ausschreibung machen können und demjenigen, der die beste Lösung auf den Tisch legt, diesem den Zuschlag geben. Meine Damen und Herren ich fühle mich nicht verpflichtet, einzelnen Mandataren da herinnen, ob sie jetzt daraus ihr parteipolitisches Kleingeld machen, ich fühle mich den arbeitslosen und beschäftigungssuchenden Jugendlichen verpflichtet. Wenn ich hier zustimmen würde, dass man hier und heute abstimmt, dann würde ich gegen diese Jugendlichen stimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag, Zuweisung an den Sozialausschuss. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 12 (FPÖ, ÖVP, LIF). Wer ist gegen diesen Antrag? 19 (SPÖ und GAL). Der Antrag wurde abgelehnt.
Wir machen in der Rednerliste weiter. Nächster ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube es ist schon eine sehr interessante Debatte, die da heute geführt wird. Wenn man sich mit dem Thema

Jugendliche auseinandersetzt, würde nämlich diese etwas anders verlaufen. Ich traue mir schon zu behaupten, dass ich mich mit den Jugendlichen auseinandersetze, schon alleine in meiner Eigenschaft als Vater bin ich sehr nahe an diesem Thema. Wenn man sich die heutige Zeit ein bisschen anschaut, meine sehr verehrten Damen und Herren, beginnen in Wirklichkeit die Probleme der Kinder im Kindergartenalter. Ich habe mit Wehmut feststellen müssen, wie vor einigen Jahren mein Kind in den Kindergarten gekommen ist, dass dort schon eine ganze Reihe von verhaltensgestörten, verhaltensauffälligen Kindern, wie man das heute sagt, sind. Das zieht durch wie ein roter Faden in der Volksschule und dann in den Pflichtschulen weiter bis zum Ende des Pflichtschulalters und dann sind die Probleme natürlich nicht gelöst. Wir wissen ganz genau, dass die Zahl der Jugendlichen, die den Zugang zu einer normalen Berufsausbildung, zu einer Lehre, nicht mitbringen immer größer wird. Die Zahl wird immer größer. Wir sehen ganz genau wo diese Jugendlichen sind. Das ist die Zielgruppe, wovon wir heute reden, für die wir eine Produktionsschule brauchen. Wenn es da jetzt in der Debatte herumgeistert ob das 18, 19 oder 21 sind, ich glaube das sind so verbale Ausflüchte um sich nicht klar bekennen zu müssen ob man das will oder ob man das nicht will. Wir werden es eh heute noch sehen, wer das wirklich will. Ob das Lehrstellensuchende oder Nichtlehrstellensuchende sind, wenn man da herumgeiert in der Debatte, ich muss ehrlich sagen, das ist für mich äußerst unverständlich. Wenn ich zum Kollegen Fürweger komme, sie haben ja alles abgegraben. Vom Wirtschaftshof bis zu den Autobussen, ob die dort richtig angeordnet sind, ...

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:
Um den WI-Hof geht es aber.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
... wir reden von der Produktionsschule und nicht über den WI-Hof. Das ist nur das Thema wo man es hin ansiedelt. Verstehen sie es? Und nicht ob die Autobusse da richtig sind oder nicht. Sie haben sehr deutlich signalisiert, dass ihnen das eh egal ist. Bei ihnen ist es wichtig, ob die Autobusse auf der Straße sind oder nicht. Das ist eh ihr legitimes Recht. Halten sie die Sache wie sie wollen und wir halten die Sache so wie wir es wollen. Ich möchte nur eines sagen, das passt da nicht dazu, aber weil sie alles abgegrast haben. Ich verwehre mich schon massiv dagegen, wenn da so Angriffe stattfinden, weil der WI-Hof nicht verkauft werden kann, weil ARBÖ-Mitglieder ihre Fahrzeuge dort abgestellt haben, die sonst beim ARBÖ stationiert sind und wir im Interesse der Stadt den Platz dort freigemacht haben, damit der Brückenbau reibungslos über die Bühnen gehen kann und jetzt wird da immer getan, die ARBÖ-Leute sind Schuld, dass der WI-Hof nicht verkauft werden kann. Da gibt es eine klare Vereinbarung und wenn sie sich die nicht angeschaut haben, dann wird es höchste Zeit. Also, ich verwehre mich wirklich dagegen, dass da immer ein Gruppe angefeindet und hingestellt wird, wie wenn wem den das nicht verkauft wird. Somit bin ich bei ihnen fertig, weil sonst haben sie eh nichts gesagt.

Zur Frau Kollegin Frech, sie hat gesagt, die Produktionsschule bringt keinen zusätzlichen Lehrplatz. Da gebe ich ihnen vollkommen Recht. Die Produktionsschule ist auch kein Lehrplatzschaffer, sondern das ist eine Vorbereitung für Jugendliche, dass sie die Möglichkeit haben und überhaupt die Chance haben einen Lehrplatz zu bekommen oder die Voraussetzung, dass sie eine Lehre beginnen können und nicht das Schaffen von Lehrplätzen. Weil die MAN Steyr heute da schon einige Male genannt worden ist. Ich bin schon froh und ich werde unsere Verantwortlichen im Betrieb, die werde ich schon bei der Nase nehmen, wenn wir Jugendliche haben, die die Voraussetzungen bringen dass sie eine Lehre anfangen können, ob sie es dann auch nehmen, weil die nehmen es nämlich nicht und deswegen haben wir sie auch auf der Straße. Nicht weil sie so gut sind und jetzt kommt eine Konkurrenzveranstaltung. Aber ich weiß schon was die immer wollen. Die wollen immer alles gefördert haben. Das ist der Hintergrund und nicht, dass die MAN auf einmal hier schreibt. Ich meine ich bin dort selbst beschäftigt, ich weiß sicher am besten von was ich da rede. Dass die MAN auf einmal jetzt den Jugendlichen Lehrplätze anbieten will, das ist nicht so, dass sie denen Lehrplätze anbieten wollen, sondern sie möchte da ein Geschäft dabei machen. Das ist der Hintergrund.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ist es ein Geschäft?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja, für die MAN schon. Es ist auch nicht so, lieber Kollege Mayrhofer, dass die Lehrwerkstätte in der MAN nicht ausgelastet ist. Erkundigt euch richtig und bei den richtigen Leuten. Sie ist ausgelastet bis hinauf.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Kollege Bremm, wenn du aufgepasst hast, das kommt nicht von mir.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Also, die Lehrwerkstätte ist zum jetzigen Zeitpunkt ausgelastet. Das was so in die Debatte gebracht worden ist, die Lehrwerkstätten oder die Betriebe können da hier das auch anbieten und wir brauchen die Einrichtung nicht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Es gibt ein schriftliches Anbot vom Herrn Fröhlich, die Vertretung, dass sie so etwas machen möchten und er hat nicht einmal eine Antwort bekommen. Mit ihm ist nicht gesprochen worden obwohl ein Schreiben an den Bürgermeister gegangen ist. Da frage ich mich jetzt wirklich: „Was ist da los?“

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Schau, wie das in der Lehrwerkstätte in der MAN ist, da kannst du mir glauben, dass ich da Bescheid weiß. Davon kannst du ausgehen. Eines steht auf alle Fälle fest, dass die Jugendlichen dort nicht aufgenommen worden sind für eine Lehre. Es ist gerade umgekehrt. Das kräftigt und bestärkt ja das eigentlich, dass wir eine Einrichtung brauchen, die die Jugendlichen darauf vorbereitet, weil nämlich die Auslese für einen Lehrplatz in den Betrieben schon sehr brutal ist. Da wird nicht geschaut nach sozialen Gesichtspunkten sondern nach der Punkteanzahl und die sozial Schwächeren und jene die halt nicht so bewandert sind, fallen durch den Rost und bekommen keinen Lehrplatz. Jene gilt es vorzubereiten, dass sie dann eine Ausbildung beginnen können.

Ich möchte einen Satz noch dazu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil so getan wird, wie wenn das auf einmal von heute auf morgen entstanden wäre. Am 19. April, nicht des heurigen Jahres, sondern des vorigen Jahres, 2001, ist in einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz das Thema vom damaligen Bürgermeister Leithenmayr besprochen worden. Dort haben wir einhellig festgelegt, dass wir grundsätzlich eine positive Haltung dazu haben und dass wir ...

Zwischenrufe: Ja!

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Damals ist schon erläutert worden, was die Philosophie der Produktionsschule ist, da hat Hermann Leithenmayr dort auch berichtet darüber und dort ist einhellige festgelegt worden, dass die Gespräche und die Verhandlungen weitergeführt werden sollen, weil nämlich zum damaligen Zeitpunkt nicht der WI-Hof zur Debatte gestanden ist, sondern das Stadtgut. Es ist dann der Einwand vom Land, vom Herrn LR Fill gekommen, der gesagt hat, das Stadtgut ist nicht geeignet wir brauchen eine andere Räumlichkeit. Dann ist der WI-Hof in die Debatte gekommen und der ist dann geprüft worden von allen Leuten die damit zu tun haben und die haben gesagt, der WI-Hof, also der Teil des WI-Hofes, wäre geeignet für eine Produktionsschule, für diese Einrichtung. Am 1.7. des heurigen Jahres haben wir das Thema wiederum in einer Fraktionsvorsitzendenkonferenz behandelt. Wenn nicht überall ein gleicher Informationsstand ist, bitte das an die Adresse der eigenen Fraktion

zu richten. Das ist nicht die Angelegenheit von uns. Das muss ich da schon in aller Deutlichkeit sagen. Ich glaube, dass da wirklich die Gelegenheit war, sich damit auseinander zu setzen. Ich gebe dir Recht, Gunter Mayrhofer, dass man in bestimmten Dingen, und das haben wir auch im StS diskutiert, wo es um kostenintensive Investitionen geht, dass man dort Kooperationen mit Betrieben, also, dass man Einrichtungen im stadtnahen Bereich nützen und prüfen soll und dass das auch wirtschaftlich überprüft wird. Das haben wir nämlich auch im StS so diskutiert und haben dann auch festgelegt, dass wir grundsätzlich den Beschluss fassen, die Situierung auch noch einmal aufschieben, weil nämlich ein Privater gekommen ist der auch Interesse hat sein Betriebsareal vermarkten zu können. Jetzt haben wir gesagt, okay, prüfen wir das auch noch einmal, dass wir wirklich ein gutes Gewissen haben können, dass alle wirtschaftlichen Aspekte geprüft sind. Das soll uns aber nicht daran hindern, dass wir heute den Beschluss grundsätzlich so fassen, dass diese Einrichtung im Herbst auch in Betrieb gehen soll.
Ich möchte das auch hier in aller Deutlichkeit sagen, dass das BFI immer so hingestellt wird. Es ist schon sehr untergriffig, wenn man das so hinstellt, wie wenn das alles Grenzdebile sind, die kennen sich nicht aus, die können eh nichts udgl. Das muss ich schon auch massiv zurückweisen. Das BFI ist eine anerkannte Einrichtung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das habe nicht ich gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich habe ja nicht gesagt, dass du das gesagt hast. Aber es ist heute schon genannt worden, dass sich die eh nirgends auskennen, dass die in dem Bereich überhaupt nichts können. Da hat es schon massive Vorwürfe gegeben. Also, das ist wirklich eine Unterstellung, die hier getätigt worden ist.

Noch zu dem, wer das BFI beauftragt hat. da braucht man da herinnen nicht die Debatte führen. Das ist im Land geschehen und sonst nirgends. Nicht der Bürgermeister von Steyr hat das gemacht. Da bist du auf der falschen Hochzeit oder jene, die das angegriffen haben. Da müssen sie im Landtag darüber diskutieren.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das AMS hat es nicht gemacht. Mehr habe ich gar nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Das Land OÖ hat den Auftrag an das BFI gegeben und das AMS bestätigt den Bedarf. Für uns in der Stadt ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein, der liebe Gott wird es gemacht haben.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Kommt darauf an, wen man darunter versteht.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Vielleicht könnten wir Rückfrage halten. Also, für uns als Stadt geht es in Wirklichkeit darum, ob wir uns zu einer solchen Einrichtung bekennen, ob wir das unterstützen, nicht nur ideell, sondern, dass wir das auch materiell unterstützen. Ich glaube, dass hier ein großer Handlungsbedarf ist und ich ersuche noch einmal alle, sich da wirklich mit dem eigenen Gewissen zurecht zu finden und dem Antrag, der dann zur Beschlussfassung kommt, die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke sehr. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium, werte Gäste, ich glaube eine Beichte nützt da auch nichts mehr Herr Stadtrat, da ist alles verbockt und das ist auch das Problem an der Diskussion, das ich sehe, dass eine sachliche Auseinandersetzung mit diesem sehr wichtigen Thema, und speziell für die Betroffenen aus zwei Gründen nicht möglich ist. Erstens ist scheinbar Wahlkampf und zweitens geht es um parteipolitisch nahe Organisationen der man das sozusagen nicht zutraut oder nicht zutrauen will, dass sie dieses Projekt macht. Aber es geht in der ganzen Diskussion bis jetzt nicht darum, welches Konzept die Produktionsschule Steyr verfolgt und wie dieses Projekt aufbereitet worden ist. Im letzten Amtsbericht, den wir bekommen haben, sind einige Zahlen sehr klar dargelegt, die uns die Problematik zeigen. Wir haben hier in Steyr derzeit rund 500 arbeitslose Jugendliche. Wir haben einen stark steigenden Trend. Es gibt natürlich keine 18 Einrichtungen in Steyr die Jugendliche betreuen und es gibt, und da gebe ich ihnen vollkommen Recht Herr Kollege StR Mayrhofer, mehrere Abstufungen von Jugendlichen die betroffen sind. Da muss man ganz ehrlich sein. Ich kann das auch als Obmann des VABB sagen, da gibt es unterschiedliche Stadien. Wir vom VABB haben ein Projekt mit 14 Jugendlichen, da kann man wirklich sagen, das ist die unterste Stufe. Man kann mit Sozialarbeitern in der Stadt sprechen man kann mit Streetworkern sprechen, man kann mit Bediensteten der Jugendzentren sprechen, was sich da in den letzten Jahren entwickelt hat, nach unten, eindeutig nach unten, man kann mit Pädagogen sprechen die in Schulen tätig sind, der Trend ist nicht zu vernachlässigen und es muss in diesem Bereich gehandelt werden. Die Produktionsschule Steyr verfolgt ein Projekt, das in Dänemark sehr gut funktioniert und das, wie gesagt, auch in Linz sehr gut funktioniert. Ich möchte jetzt endlich einmal aufräumen, dass die Produktionsschule Steyr konzeptlos vorbereitet worden wäre. Jeder der sich wirklich intensiv auseinandergesetzt hat und mit den Betreibern gesprochen hat, kann Folgendes feststellen. Es gibt natürlich ein pädagogisches Konzept, es gibt natürlich ein Planungskonzept. Ein Planungskonzept das in Abstimmung mit dem Denkmalschutz der Stadt Steyr und mit guten Architekten für den WI-Hof entwickelt worden ist. Es gibt natürlich auch ein Finanzierungskonzept auf mehrere Jahre. In diesem Finanzierungskonzept sind mehrere Träger, das Land OÖ, an der Spitze der LR Fill, der das Projekt sehr stark unterstützt über das AMS und die Stadt Steyr eingebunden. Mich freut es jetzt, das zu sagen, weil es die Kollegin Frech als große Sensation und als den großen Skandal hingestellt hat, dass ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das machst du, Andi.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
... die Produktionsschule Steyr scheinbar nicht mit der Produktionsschule Linz zu vergleichen ist. Ich habe mit der Leiterin der Produktionsschule in Linz gesprochen und ich habe mit den Betreibern der Produktionsschule Steyr gesprochen. Die Konzepte für die Schule in Steyr, sowohl das Finanzierungskonzept als auch das pädagogische Konzept, wurden in Zusammenarbeit ausgearbeitet. Da hat es keine Konkurrenz gegeben. Es wurde nachgefragt und die haben das wirklich gemeinsam gemacht. So viel einmal dazu.
Die Produktionsschule Steyr hat für mich auch am Standort WI-Hof eine ganz große Bedeutung. Für diesen Stadtteil wäre es in mehreren Punkten eine Bereicherung, eine gastronomische Bereicherung. Alle die das Konzept kennen wissen ja, dass auch eine Gastronomie eingerichtet wird und auch ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das hat sich mittlerweile schon wieder verabschiedet.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
- natürlich nicht verabschiedet - eine für die Stadt nicht unwichtige Revitalisierung des Gebäudes. Die, welche die Veräußerungsverhandlungen verfolgt haben, mit der Raika und auch anderen Beteiligten, wissen ganz genau, dass die größten Schwierigkeiten dabei waren, das

denkmalgeschützte Gebäude zu renovieren und dass sich dann nicht wirklich wer gefunden hat. Mit einer Nutzung wie dieser, die auch noch ausbaufähig ist, für andere Projekte in dieser Stadt, ist eigentlich eine ideale Nutzung an diesem Standort gefunden worden.
Die Finanzierung, ich muss mich wiederholen, ist gesichert. Die Finanzierung ist von sehr weitsichtigen, nicht provinziellen Politikern, von Landesseite schon seit Jahren gesichert. Das ist halt einmal ein LR Fill von der ÖVP und ein LR Ackerl von der SPÖ. Hier verwehrt sich jetzt die Stadt Steyr und die GR der Stadt Steyr, zumindest ein Teil, Gott sei Dank nicht die Mehrheit, hier diesen Politikern, die diese weitsichtige Politik verfolgen, diese Politik mitzutragen. Das verstehe ich einfach nicht. Ich vermute, da ist irgendetwas im Hintergrund. Irgendein politisches Spielchen, denn die ÖVP hat noch gestern behauptet, dass sie diesen Grundsatzbeschluss mitträgt und heute will man auf einmal den Punkt von der Tagesordnung haben. Das kann ich nicht verstehen. Es ist wirklich eine Unterstellung dem BFI gegenüber. Ich werde das am Ende meines Statements auch noch erklären. Es ist wirklich eine Zumutung, dem BFI zu unterstellen, dass es keine Erfahrung in der Jugendarbeit gibt.

Zwischenruf von GR Michaela Frech und StR Gunter Mayrhofer:
Bei der Produktionsschule!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
In der Jugendarbeit. Es gibt in Österreich eine Produktionsschule und die ist in Linz errichtet worden. Es ist ein innovatives Konzept. Natürlich gibt es in Österreich überhaupt keinen Träger, der Erfahrung mit einer Produktionsschule hat. Wenn sich wer drübertraut, der Erfahrung in der Jugendarbeit hat, und so ein Modell anwendet das erfolgreich im skandinavischen Bereich angewendet wird, dann müssen wir doch froh sein, dass wir jemanden haben, der das macht. Noch dazu ein Träger, der sehr gute Sozialpädagogen in ihrem Team hat.
Der Kollege Bremm hat es schon angeführt, es geht, und das ärgert mich auch, dass da immer eine 1:1 Rechnung gemacht wird. Hier gibt es so viele Lehrstellen und so viele Lehrstellensuchende. Wir reden hier bitte von 500 arbeitslosen Jugendlichen in der Stadt Steyr und wir reden von Vorlehre, wir reden von Anlehre, wir reden von Stabilisierung. Natürlich sind die Jugendlichen, die in der Jugendwerkstätte jetzt beschäftigt waren, eine Zielgruppe und werden 1:1 in die Produktionsschule übernommen. Natürlich haben die Betreiber der Produktionsschule gesagt, wir haben nicht ein ganz enges Korsett von Jugendlichen die bei uns hineinkommen. Natürlich ist das ein offener Bereich von Fällen die eine sehr starke Unterstützung brauchen bis zu Fällen, die ganz knapp vor der Befähigung stehen eine Lehre anzunehmen.
Jetzt noch zu dem Vorwurf der Kollegin Frech hier hätte es einen Deal mit dem VABB geben.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Möglicherweise.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Es hat hier natürlich keinen Deal mit dem VABB gegeben. Der VABB ist Konkurrent des BFI. Ich muss auch dazu sagen, von der Geschichte her, der VABB wäre vor einigen Jahren beinahe gestorben, weil wir vom BFI überboten worden sind. Ich muss auch dazu sagen, unser Jugendprojekt, das wir vom VABB haben, spricht eine ganz andere Gruppe an. Die würden in der Produktionsschule niemals Fuß fassen, weil wie gesagt, da sind Fälle dabei, das kann ich hier in diesem Gremium gar nicht beschreiben, was da familiär los ist. Darum weise ich das natürlich völlig zurück und es hat niemand vom VABB irgendetwas davon, dass die Produktionsschule dort errichtet wird. Zurückweisen möchte ich auch, und das zum Abschluss, dass Menschen in Steyr, die dieses Projekt vorbereiten, Menschen, die seit Jahren in der Jugendarbeit tätig sind, als unprofessionell hingestellt werden. Das ist hier mehrfach passiert und es ist eigentlich wirklich traurig, dass über so eine wichtige Einrichtung, die hier instruiert werden soll, so eine Debatte geführt wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frau Frech die 2.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Es ist schon ganz interessant, wenn der Kollege Bremm z. B., ich glaub dann immer ich bin in anderen Fraktionsvorsitzendensitzungen gesessen als er, meint, wir hätten vor ungefähr einem Jahr dieses pädagogische Konzept besprochen usw. Faktum ist, damals ist es nur um eine Standortfrage gegangen und darum, ob man dieses Projekt weiterverfolgen soll, d.h., dass es einmal eine Produktionsschule in Steyr gibt und dagegen spricht sich niemand in diesem Raum aus. Es ist aber überhaupt nicht über die Kriterien gesprochen worden, es ist kein pädagogisches Konzept vorgestellt worden, gar nichts. Weil zuerst auch der Kollege Bremm glaube ich gesagt hat, war das dann der liebe Gott der den Auftrag gegeben hat. Ja, man muss es fast glauben, weil man weiß es bis heute nicht. Ich kann mich erinnern, in der Fraktionsvorsitzendensitzung vom 11. Juli, war der Direktorstellvertreter des BFI da. Das ist nicht einfach ein einfacher Mitarbeiter, das ist der stellvertretende Direktor des BFI. Er hat uns damals diese Produktionsschule präsentiert. Ich weiß nicht wie es den anderen Kollegen gegangen ist, aber das war weniger als dürftig. Es waren Widersprüche Ende nie drinnen. Da hat man genau gemerkt, so wirklich einen Plan was man da macht hat man nicht usw. In diesem Zettel, der uns damals ausgeteilt worden ist, steht wortwörtlich: „Das BFI OÖ wurde mit der Planung und Umsetzung der Produktionsschule beauftragt." Daraufhin habe ich den Stellvertreter Gruber gefragt: „Wer hat sie beauftragt?" Er hat gesagt das war das AMS. Ich habe gesagt, dass ich weiß, dass es das AMS nicht war. Dann hat er gesagt, es war das Land. Wir wissen aber auch, dass es das Land nicht war. Die Stadt? Na, da kommen wir eher schon vielleicht ein bisschen näher, weil da hat es schon einmal eine finanzielle Zusage der Stadt Steyr gegeben, bevor noch irgendein Grundsatzbeschluss gefallen ist, die hat nämlich der Altbürgermeister Leithenmayr anscheinend getroffen. Aber bis heute ist nicht klar, wer hat da jemals einen Auftrag erteilt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
So ein Blödsinn. Wo steht das? Das ist eine reine Unterstellung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, das ist keine Unterstellung, ich kann ihnen das Schreiben, ich werde ihnen im Anschluss an die Sitzung ...

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Erkundigen sie sich vorher einmal genau Frau Kollegin Frech und stellen sie nicht einfach irgendwelche Behauptungen auf.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich werde ihnen im Anschluss an die Sitzung die Unterlagen kopieren. Ich habe sie jetzt nicht mit herausgenommen, aber ich kann ihnen das gerne zur Kenntnis bringen und jedem Fraktionsvorsitzenden und jedem Mandatar zur Verfügung stellen.
Das ist der eine Punkt, da war immer alles sehr, sehr unklar. Wenn es um das pädagogische Konzept geht, wie gesagt, ich kennen das pädagogische Konzept von Linz, ich halte es für sehr gut. Das pädagogische Konzept für Steyr liegt nicht wirklich vor. Es müsste eigentlich ein ähnliches Konzept sein, das würde ich auch sagen. Aber dann nur ein ähnliches Konzept, wenn es dieselbe Zielgruppe ist. Aber die Diskussion mit der unterschiedlichen Zielgruppe haben wir ohnedies schon gehabt. Faktum ist, wir wissen eigentlich nicht wirklich was da jetzt passieren soll. Wir stimmen aber über etwas ab, wo wir nicht wissen wo es ist, was passiert, aber Hauptsache wir haben anscheinenden wieder ein paar, und da sind wir beim Thema Vorwahlkampf, Jugendliche zwischengeparkt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Weixlberger.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist mir ein Bedürfnis vonseiten des AMS ein paar Zahlen da herinnen klarzustellen die immer im Raum stehen. Erstens die Berufsorientierungsmaßnahme macht nicht das BFI und sucht nicht die Leute für die Produktionsschule aus, sondern das ist die Firma Ibis-Acam, die ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
In den früheren Jahren war es das BFI.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
Das hat mit den früheren Jahren nichts zu tun, da haben wir keine Produktionsschule gehabt. Die Frau Mag. Frech hat behauptet das BFI sucht die Leute aus und weist ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein!

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
... sie der Produktionsschule zu. Es gibt auch nicht 18 Maßnahmen für Jugendliche, sondern es gibt 9 Maßnahmen für Jugendliche, es gibt 3 Maßnahmen für Frauen ab 19 Jahre und die restlichen Maßnahmen sind für Langzeitbeschäftigungslose und ältere Leute, aber nicht spezielle Jugendmaßnahmen, Herr Mayrhofer. Auch das gehört ins rechte Licht gerückt. Des Weiteren, die Produktionsschule ist ein Thema das ständig mit dem Land, mit dem Herrn Steinbichl, AMS und BFI gemeinsam behandelt wurde. Das Land hat größtes Interesse daran die Produktionsschule zu installieren. Dass das AMS als fachkundiges Organ mit dabei ist, ist keine Frage. Zum Schluss noch eine Aussage. Im AMS werden keine Kursmaßnahmen vergeben, die nicht ausgeschrieben wurden und es ist das Landesdirektorium inkl. der Sozialpartner, die den Zuschlag zu Kursen erteilt und nicht das AMS alleine. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Es wurde gefragt, warum ich gestern gesagt habe, dass wir bei der Produktionsschule mitgehen und heute eine andere Meinung vertrete. Ich möchte schon ganz klar sagen, wir sind nach wie vor der Meinung, dass eine Produktionsschule, wie sie in Linz ist, auch für Steyr gescheit und unterstützenswert ist. Dazu stehen wir noch genauso. Nur eines kann nicht sein, dass in den wichtigsten Punkten, nämlich a) welche Zielgruppen, d. h., welche Qualifikation müssen die Jugendlichen haben um in dieser Produktionsschule betreut zu werden, und b) für welche Altersgruppe das eigentlich gehen soll, dass das bis zum heutigen Tag bitte nicht klar ist. So kann es nicht gehen, weil die Linzer Geschichte, um das noch einmal in Erinnerung zu rufen, und es wurde uns klipp und klar vom Dir. Gruber gesagt, das soll eine Produktionsschule sein wie in Linz. In Linz bitte, zur Erinnerung noch einmal, 15 bis 20 Jahre, nicht die, die überhaupt keine Qualifikation haben, sondern jene, wo ein Potential erkennbar ist, die nehmen wir, nicht, um bei den Worten vom Mag. Heindl zu bleiben, jene die bisher in der Jugendwerkstatt betreut wurden, das ist nicht die Zielgruppe der Produktionsfachschule. Dagegen bitte schön, und das möchte ich ganz klar sagen, spreche ich mich aus und darum bin ich auch dagegen. Wenn hier unter Jugendliche tituliert, Frau Weixlberger, gesagt wird, Jugendliche sind zwischen 15 und 25, dann darf ich aber bitte schön sehr wohl Frauen ab 19 auch noch als Jugendliche bezeichnen.

GEMEINDERÄTIN INGRID WEIXLBERGER:
Das hab ich ja gesagt.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wenn jemand bis zum 25. Lebensjahr keinen Job gefunden hat, dann ist er ein Langzeitarbeitsloser.

Das müssten gerade sie, Frau Weixlberger, wirklich wissen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der ist ja Sozialhilfeempfänger Herr Mayrhofer, das sind zwei Paar Schuhe.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Weitere Wortmeldungen gibt es keine. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, es ist ja schon sehr viel diskutiert worden. Ich möchte eigentlich kurz ein Schreiben, was mir sehr am Herzen liegt, vom Sozialamt vorlesen. Wir haben über das noch gar nicht diskutiert. Die Stellungnahme von der Abteilung, weil es war ja der Wunsch, und das ist mir wirklich ein Herzensbedürfnis, weil es ist eh schon sehr viel auf dem Rücken der Jugendlichen ausgetragen worden, was ich nicht für richtig finde. Was da alles gesagt wurde, ich muss sagen, wir wären bald in die Situation gekommen, was wir bei der Fraktionsvorsitzendenkonferenz gehabt haben. Also das war für mich ein Benehmen, das kann ich nicht akzeptieren. Jeder, muss man sagen, der das akzeptiert hat wie der Dir. Gruber behandelt worden ist, ich habe mich dann entschuldigt, ich habe gesagt es tut mir Leid, ich habe den Dir. Gruber selbst nicht gekannt, aber ich habe gesagt, wie sie angegriffen worden sind und wie sie behandelt worden sind, das haben sie nicht notwendig, wenn wir sie einladen, dass sie uns das Projekt vorstellen. Es hat mir Leid getan, dass es so weit gekommen ist. Ich muss natürlich sagen, manche glauben, sie haben eine gute Erziehung, aber manchen fehlt es hier gewaltig. Mehr möchte ich gar nicht dazu sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Von was redet ihr jetzt. Ich war bei der Besprechung dabei, da war gar nichts. Ich möchte schon, dass gesagt wird was dort vorgefallen ist. Wer hat wem beleidigt? Sag es bitte. Nicht pauschal. Das kann ich gewesen sein, das ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte Ruhe!

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich habe festgestellt, dass es mir peinlich war, wie dort die Diskussion gelaufen ist und das muss reichen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Sag es bitte. Das ist eine pauschale Verurteilung von Leute die dort sind. Wir sind ja nicht Schüler, die sich von der Lehrerin beschimpfen lassen sollen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich habe niemanden beschimpft.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Pauschal sind wir da ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ruhe!
Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:
Ich glaube, die Frau Referentin ist am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich lass mir das nicht sagen. Ich bin pauschal beschimpft worden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Sie sind ja nicht beschimpft worden.

GEMEINDERÄTIN MONIKA FREIMUND:
Jetzt lassen sie die Referentin einmal ausreden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich möchte aber wissen, was dort vorgefallen ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ruhe bitte, die Frau Referentin ist am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Die sagt ja nichts.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich kann im Chor singen, aber ich kann nur alleine reden. Ich möchte jetzt sagen, was mir das Sozialamt zur Errichtung einer Produktionsschule auf dem Areal, es war der WI-Hof ja immer im Gespräch, wie wir damals die Diskussion gehabt haben, und da habe ich eine Stellungnahme vom Sozialamt bekommen: Zum Artikel „Schule für arbeitslose Kids sorgt für Politstreit“, am 18.7. in der Steyrer Rundschau, ergeht seitens der FA für Soziales folgende Stellungnahme: Seit Beginn des heurigen Jahres ist im Bereich der offenen Sozialhilfe ein starkes Ansteigen von jugendlichen Antragstellern feststellbar. Es handelt sich dabei vorwiegend um junge Menschen ab dem 18. Lebensjahr die keinen Beruf erlernt haben und meist aus desolaten Familienverhältnissen stammen. Bei der derzeitigen Arbeitsplatzsituation haben sie als ungelernte Kräfte keine Chance einen Job zu finden und somit Anspruch auf Sozialhilfe. Sofern diese Personen über mehrere Jahre Sozialhilfe beziehen, werden aus Sicht der Fachabteilung ihre Chancen am Arbeitsmarkt, aber auch ihre Arbeitswilligkeit immer geringer und es besteht die Gefahr, dass diese Menschen zu Dauerbeziehern von Sozialhilfeleistungen werden. Aus diesem Grund wird die Errichtung einer Produktionsschule für Jugendliche sehr, sehr begrüßt und für dringend notwendig erachtet. Auch das neue OÖ Sozialhilfegesetz weist darauf hin, dass präventive Hilfe im Ergebnis kostengünstiger ist als nachträgliche und unter Umständen dauernde Hilfeleistungen.
Ich habe das eigentlich vorlesen wollen, damit man sieht, wer bietet jetzt eine Produktionsschule an. Wir haben einen Anbieter.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Nein, ein 2. hat ebenfalls bekundet, dass er es machen möchte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das wird eh geprüft.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Dann ist diese Aussage aber falsch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Moment bitte, Standort.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Nein, nicht Standort.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Stellen wir es bitte zurück.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich möchte jetzt eines sagen, vielleicht klären wir das auch ab, dass mit dem Landesrat Fill, und ich glaube er ist einer der Wichtigsten, weil er ist ja für die Wirtschaftsförderung zuständig.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ruhe!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der LR Fill hat Bgm. Forstenlechner vor ca. einem Jahr angesprochen und hat gesagt, was ist in Steyr mit der Produktionsschule. Daraufhin sagt der Bgm. Forstenlechner, ja vorgesehen ist sie im Stadtgut. LR Fill hat gesagt, ihm wäre es lieber in einem anderen Gebäude das zentraler liegt als das Stadtgut. Dann hat er den WI-Hof angeboten. Aufgrund dieses Angebotes hat sich LR Fill bereit erklärt, die Produktionsschule zu fördern. Ich habe natürlich, aufgrund er Fraktionsvorsitzendenkonferenz, LR Fill persönlich angerufen, ich habe es auch im StS gesagt, kann es aber da wiederholen, und habe mit ihm gesprochen. Er hat gesagt, Frau Mach, ich lasse sie gleich von meinem Sekretär, Herrn Steinbichler, zurückrufen. Büro LR Fill, zuständig Herr Steinbichler, der von Anfang an auch dabei war wie Bgm. Leithenmayr noch die Verhandlungen geführt hat, war am 12.7.2002, da ist mir mitgeteilt worden, es werden vom LR Fill 50 % der Kosten übernommen und für den laufenden Betrieb ca. 5,5 Millionen Schilling pro Jahr und vom AMS die Deckung des Lebensunterhaltes. Das liegt schriftlich beim LR Fill auf. Da hat er mir auch gesagt, dass eigentlich eine schriftliche Zusage von der Stadt Steyr fehlt. Diese schriftliche Zusage habe ich, aufgrund des telefonischen Anrufes, gemacht und habe gesagt, dass die Stadt Steyr interessiert ist, dass eine Produktionsschule in Steyr installiert wird.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Warum war das nicht im Sozialausschuss?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich habe es in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz gesagt, da waren alle Fraktionen vertreten Frau Reznar.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Aber wir haben dazu einen Ausschuss.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir sind immer noch beim Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Darum würde ich sagen, für mich ist es äußerst notwendig, dass man den Jugendlichen diese Chance bietet. Wir müssen uns dazu bekennen, dass wir immer mehr arbeitslose Jugendliche in Steyr haben. Ich glaube, eines ist ganz wichtig, man sollte nicht vergessen, dass das Jugendliche sind die es wirklich schwer haben, in dieser Situation wo unterzukommen und dass sie auf eine Lehrlingsausbildung vorbereitet werden. Das ist ja kein Lehrlingsplatz. Es wird immer mit einem Lehrlingsplatz verwechselt.
Ich würde jetzt den GR ersuchen, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung.

FPÖ, ÖVP und LIF verlassen den GR-Saal.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Sind wir beschlussfähig?

PÄSIDIALDIREKTOR SR Dr. GERHARD ALPHASAMER:
Mindestens die Hälfte der Mitglieder des GR, einschließlich des Vorsitzenden, müssen da sein, damit wir beschlussfähig sind.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das sind wir. 19 sind da.

PÄSIDIALDIREKTOR SR Dr. GERHARD ALPHASAMER:
19 sind da, also sind wir beschlussfähig.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, stimmen wir über diesen Antrag ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, ich schlage jetzt vor, dass wir eine Pause machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Machen wir weiter, dann sind wir schneller fertig. Seid ihr einverstanden?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut, also wir machen keine Pause wir machen weiter.
Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Bremm. Toni, sag es ihnen aber trotzdem, dass wir weiter machen.
So, wir setzen die Sitzung wieder fort mit den Berichten vom Vzbgm. Bremm. Ich bitte um seine Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
In meinem ersten Antrag geht es um den Ankauf einer Fläche im Bereich der B 115 Eisenbundesstraße und der ehemaligen Trasse der Bundesstraße. Es geht um die Abgabe einer Erklärung gegenüber dem Amt der OÖ Landesregierung. Es ist hier im Amtsbericht dementsprechend erläutert.

6) GHJ2-51/02 Ankauf einer Fläche im Bereich der B 115 Eisenbundsstraße und der ehemaligen Trasse der Bundesstraße; Abgabe einer Erklärung gegenüber dem Amt der OÖ Landesregierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 3. Juli 2002 wird zum Erwerb der Dreiecksfläche im Bereich der Gleinker Kreuzung mit der Parzellenbezeichnung 1241/3, Grundbuch Gleink, die derzeit im bücherlichen Eigentum der Ehegatten Kammerhuber steht, gegenüber dem Amt der OÖ Landesregierung die Erklärung abgegeben, dass die Stadt bereit ist, im Zuge der Endabrechnung der Nordspange bzw. der Umfahrung Dornach diese Fläche im Ausmaß von 1.900 m² zum Kaufpreis von S 490,-- zuzüglich 5,5 % Wiederbeschaffungskosten bzw. dem sich daraus errechneten Äquivalent in Euro zu erwerben. Im Übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Ich ersuche den Gemeinderat dem die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegner dieses Antrages? Gibt es auch

nicht. Stimmenthaltung? Auch nicht. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es auch um einen erfreulichen Antrag. Es kostet zwar Geld, aber wir kommen hier einen wesentlichen Schritt weiter. Es geht um die Erneuerung der Dachfläche im Schlosspark Pavillon. Es sind dort die Umbauarbeiten dementsprechend vorangeschritten und es ist zweckmäßig, dass das Dach auch erneuert wird. Ich ersuche den Gemeinderat dem Antrag die Zustimmung zu geben.

7) GHJ2-54/02 Erneuerung der Dachfläche Schlossparkpavillon; Blumauergasse 1.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 7.8.2002 wird der Auftragsvergabe zur Erneuerung der Dachfläche des Schlossparkpavillons, Blumauergasse 1, zugestimmt.

Die Mittel für die in Rede stehenden Maßnahmen im Gesamtausmaß von Euro 48.005,66 exkl. USt. sind im VA 2002 nicht vorgesehen.

Es wird daher um Genehmigung einer Kreditübertragung im Betrag von Euro 7.200,-- von der VA Stelle 5/891300/77500 (Kapitaltransferzahlungen - Schlossparkkaffee)
auf die VA Stelle 5/853000/010000 (Mietobjekte - Instandhaltung von Gebäuden)

einer Kreditüberschreitung im Betrag von

Euro 40.800,-- exkl. USt. bei der VA Stelle 5/853000/010000 (Mietobjekte - Instandhaltung von Gebäuden

sowie um Mittelfreigabe im Gesamtausmaß von Euro 48.000,-- exkl. USt. bei der VA Stelle 5/853000/010000 und um Auftragsvergabe an die Fa. Langthaler/Faatz, Steyr, Dachdecker- und Spenglerarbeiten, durch das nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständige Organ höflich ersucht.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von Euro 48.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom GB für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Roman hat sich gemeldet. Ich bitte um dein Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrtes eingeschränktes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich habe eh nicht gesagt „beschränktes Präsidium“.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Du kannst mich ja persönlich auch begrüßen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Darum bin ich so lange da, weil es so lustig ist.
Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird ja immer wieder passieren, dass Anträge den GR erreichen, die Sanierungsmaßnahmen und Adaptierungsmaßnahmen bei städt. Einrichtungen zum Inhalt haben, und das ist ja auch gut so, dass man rechtzeitig Maßnahmen setzt bei Gebäuden die der Stadt gehören um Folgeschäden zu vermeiden. Wenn man also aus diesem Gesichtspunkt diesen Antrag, oder nur aus diesem Gesichtspunkt diesen Antrag betrachtet, hätte man ja an sich kein Problem. Man könnte ruhigen Gewissens, ohne Wortmeldung diesem Antrag die Zustimmung geben. Dem ist aber nicht so, weil die Erinnerung hoch kommt meine sehr geehrten Damen und Herren, und weil es eine Vorgeschichte gibt, die nicht den zuständigen Referenten jetzt betrifft, sondern die etwas weiter zurückliegt, da hat es einen anderen Referenten gegeben. Zu dieser Vorgeschichte möchte ich einige Anmerkungen machen.

STADTRAT WALTER OPPL:
Das wissen wir eh.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich weiß nicht ob es alle noch wissen Herr Kollege Oppl, darum sage ich es ja. Es ist mir schon sehr wichtig, dass das klargestellt wird, weil so einfach kann man es sich nicht machen, so wie es im Amtsbericht dargestellt wird, ohne dass man jetzt darüber redet. Daher erlaube ich mir schon, das Wort zu ergreifen und die Vorgeschichte kurz zu streifen.
Es ist nämlich sicherlich einigen noch in Erinnerung, da gebe ich ihnen schon Recht Herr Kollege Oppl, dass gerade die Freiheitlich GR-Fraktion, aber andere Mandatare auch, immer wieder die Frage aufgeworfen haben nachdem der Schlossparkpavillon ja über Jahre hinweg dort ohne Nutzung gestanden ist, dass offensichtlich Schäden dort weiter fortgeschritten sind und dass es höchst an der Zeit wäre, so haben wir formuliert, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Da ist auch die Forderung gekommen, das Dach zu sanieren. Es ist ja nicht nur die Forderung gekommen, sondern es ist auch im Budget berücksichtigt worden. Es ist im Budget ein nicht unerheblicher Betrag festgeschrieben gewesen für die Sanierung des Daches dieses angesprochenen Pavillons. Was ist dann passiert? Dann ist plötzlich der Vorgänger, der Referent hier, nachdem man ihm offensichtlich diese Mitteilung gemacht hat, aufgestanden und hat erklärt, dass eine Sanierungsmaßnahme größeren Ausmaßes beim Dach überhaupt nicht notwendig ist. Es genügt, wenn man die Dachrinnen säubert. Dieser Betrag, der festgeschrieben wurde, ist für andere Zwecke verwendet worden. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich schon etwas erschüttert, wenn ich dann feststellen muss, und das ist ja auch im Amtsbericht so festgeschrieben, dass die gesamte Fläche bereits irreparable Schäden aufweist und dass es auch deswegen, weil man nicht repariert hat, zu Schäden an der Unterkonstruktion gekommen ist. Das ist der Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum ich ein bisschen weiter zurückgegriffen habe. Der Kollege Bremm hat schon Recht, dass es jetzt dringendst notwendig ist, Maßnahmen zu setzen, um weitere Schäden zu vermeiden. Aber für mich erhebt sich die Frage: „Wenn man früher repariert hätte, wäre das nicht billiger gekommen?“ Daher hält sich meine Zustimmung zu diesem Antrag nicht in großer Begeisterung, sondern eher in Zurückhaltung. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke Herr StR Eichhübl. Gibt es weitere Wortmeldungen? Willi Hauser, bring deine gewichtigen Worte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Dieses Thema beschäftigt uns schon sehr lange. Lieber Kollege Eichhübl, es ist völlig richtig, dass der Herr Vzbgm. Tatzreiter damals gesagt hat, dass das Dach nicht ganz saniert gehört. Nur eines muss man schon dazu sagen, wenn es dann zu Wassereintritten kommt und es kommt zu einer Prüfung dieser ganzen Geschichte, du weißt ganz genau, wie es bei alten Dächern ist, dass unter anderem auch das

was drauf liegt und unter anderem auch das Moos hier sehr dichtet. Wenn man dann beginnt sozusagen ein Löchlein aufzumachen um es zu reparieren, dass dann das Umfeld auch dementsprechend löchrig wird, war halt dann die Entscheidung, dass es vernünftiger ist, als wie 100 solcher Flecken zu sanieren, das gesamte Dach zu sanieren. Daher ist es jetzt notwendig geworden. Ich denke mir, dass wir uns nicht ständig sozusagen in diesen alten Dingen bewegen sollten, sondern dass wir in Wirklichkeit darauf schauen sollten, dass das Ding jetzt endlich so über die Bühne geht wie es ist. Schließlich und endlich gibt es hier einen Mietvertrag und es wird also dann in der Zukunft hoffentlich dort das entstehen, was wir uns alle wünschen, nämlich eine funktionierende Gastronomie, welche die Stadt Steyr wieder bereichert.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Weitere Wortmeldungen gibt es keine. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Zur Frage lieber Kollege Eichhübl ob es früher billiger gewesen wäre, muss ich sagen, es wäre nicht billiger gewesen, weil Dach ist Dach und es ist nicht größer, nicht schlechter und nicht besser geworden. Nur zur sachlichen Situation, das Dach war bis zum jetzigen Zeitpunkt und ist bis jetzt auch überwiegend dicht. Es ist aber sehr stark bemoost. Indem das Haus zur Gänze saniert und zur Gänze hergerichtet wird, wäre es nicht sinnvoll, die Gesamtsanierung hinauszuschieben und in ein paar Jahren müssten wir es dann erst machen. So ist es gescheit, wenn wir es gleich jetzt machen und wir übergeben dann ein schönes Haus. Das ist die Überlegung gewesen und nicht, dass früher etwas falsch gewesen ist. Es ist auch jetzt nicht undicht gewesen, aber es wäre für die Optik des Hauses nicht zweckmäßig, wenn herunten alles schön ist und alles funktioniert und oben ist das Dach mit der starken Bemoosung. Ich glaube, wir sollten froh sein, dass dort die Sanierung in solch riesigen Schritten vorangeht und dass die Eröffnung, wenn nicht irgendetwas dazwischen kommt, am 4. Dezember stattfinden wird. Ich glaube das ist das Positive. Sind wir froh, dass wir endlich dieses Problem bewältigt haben. Eines muss ich schon auch sagen, weil man gerne immer auf die Stadt hinhaut. Dort haben wir erlebt, ich hoffe, dass es jetzt funktioniert, aber den Schlossparkpavillon haben wir nicht als Stadt geführt, den haben wir privat hergegeben. Das funktioniert nicht immer so, wenn es Privat ist. Das muss man bei dieser Gelegenheit auch sagen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es zu diesem Antrag Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Letzter Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im letzten Antrag geht es um den Abschluss eines Mietvertrages mit der Fa. Eckelt Glas GesmbH und über eine Teilfläche die wir dort verkaufen. Es ist im Amtsbericht ausführlich darüber berichtet. Ich ersuche den Gemeinderat diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

8) ÖAG-31/96 Abschluss eines Mietvertrages mit der Eckelt Glas GesmbH über eine Teilfläche des Grundstückes 1694/6; Grundbuch Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 2. September 2002 wird dem Verkauf einer Teilfläche des städtischen Grundstückes 1694/6 im Ausmaß von 1.643 m² und dem Abschluss eines Mietvertrages über eine Fläche von 758 m² des gleichen Grundstückes entsprechend den beiden beigeschlossenen Vertragsentwürfen zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Auch nicht. Stimmenthaltungen? Auch keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter. Ich schlage vor, dass wir jetzt eine Pause machen. Ich bitte aber die Fraktionsvorsitzenden in mein Büro zu kommen, dass wir über den Dringlichkeitsantrag diskutieren können. Pause bis 17.10 Uhr.

PAUSE VON 16.38 UHR BIS 17.18 UHR

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung wieder fort. Roman, du bist am Wort. Ich bitte um deine Berichte.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe heute die Ehre wieder einmal vor diesem hohen Gemeinderat in Erscheinung treten zu dürfen und zwar in der Form, dass ich ihnen gleich vier Anträge zur Beschlussfassung vorlegen darf. Der erste Antrag betrifft den Wasserverband der „Region Steyr“. Ich schicke voraus, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das ist ja auch aus dem Amtsbericht und dem Antrag ablesbar, dass diese Thematik im zuständigen Verwaltungsausschuss behandelt wurde und es kommt ja auch der Antrag aus diesem Bereich. Konkret geht es um die Änderung der Darlehenskonditionen. Es ist ja so, dass es Landesdarlehen für diesen Wasserverband von insgesamt 449.869,-- Euro, das sind S 6.190.000,--, gibt und dass mit 24.5. d. J. die Landesregierung dem Wasserverband „Region Steyr“ mitgeteilt hat, dass die Tilgungsfreistellung bis Ende 2005 verlängert wird. Es ist daher notwendig, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass dies durch einen Beschluss des Gemeinderates zur Kenntnis genommen wird.
Ich darf ihnen daher den Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat zur Verlesung bringen.

9) Stw-84/02 Wasserverband „Region Steyr“ - Landesdarlehen für die Bauabschnitte 01, 02 und 04; Erlass des Amtes der OÖ. Landesregierung;
Änderung der Darlehenskonditionen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 13.08.2002 wird der Ausdehnung des tilgungsfreien Zeitraumes für im Rahmen des Wasserverbandes „Region Steyr“ aufgenommene Landesdarlehen im Zusammenhang mit der Ausführung der Bauabschnitte 01, 02 und 04 bis 2005 entsprechend dem Erlass der OÖ. Landesregierung, Gem-30030/100-2002-Sec, zugestimmt. (Beilage)

Ich darf sie bitten, Herr Bürgermeister, die Diskussion bzw. die Abstimmung zu diesem Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich hoffe, da gibt es jetzt einen Diskutanten. Den gibt es nicht. Damit kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Keine. Einstimmige Annahme. Roman, dein nächster Antrag bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ich bedanke mich für die Zustimmung. Der nächste Antrag kommt aus dem städt. Verkehrsbetrieb bzw. tangiert eigentlich den städt. Verkehrsbetrieb und weitere Dienststellen des Bundes. Es geht um die Einbeziehung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrten in den OÖ Verkehrsverbund und dem damit im Zusammenhang stehenden Vertragsabschluss. Die Stadtwerke Steyr, ich darf ihnen das nur überschlagsmäßig bekannt geben, nachdem es ja im Amtsbericht sehr ausführlich dargestellt wird, hat mit der Republik Österreich im Jahr 1984 eine Vereinbarung abgeschlossen, die die Organisation der Schülerfreifahrt zum Inhalt hat. Nachdem es jetzt auch möglich ist, eine Einbindung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt in den OÖ Verkehrsverbund, dessen Mitglied ja die Stadtwerke Steyr bzw. die

Stadt ist, einen Vertrag abzuschließen, ebenso mit dem zuständigen Bundesministerium, ist daher ein Antrag an den GR notwendig. Ich darf, so wie beim vorigen Antrag, ihnen bekannt geben, dass diese Thematik im Verwaltungsausschuss behandelt wurde.

Es ergeht daher der Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr an den Gemeinderat:

10) Stw-83/02 Städt. Verkehrsbetrieb; Einbeziehung der Schüler- und Lehrlingfreifahrt in den OÖ Verkehrsverbund; Vertragsabschluss.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 9.8.2002 wird dem Abschluss des Schüler- und Lehrlingsfreifahrtsvertrages inklusive der Zusatzvereinbarung mit dem BM für soziale Sicherheit und Generationen und der OÖ Verkehrsverbund OrganisationsgesmbH ab dem Schuljahr 2002/03 zugestimmt.

Gleichzeitig werden die Vertreter der Direktion der Stadtwerke ermächtigt, den Vertrag und die Zusatzvereinbarung als am OÖ Verkehrsverbund teilnehmendes Verkehrsunternehmen zu unterfertigen. (Beilage)

Herr Bürgermeister, ich darf dich bitten über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung abzuhalten.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Niemand. Stimmenthaltung? Keine. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, der nächste Antrag betrifft das Stadtbad Steyr, Preisanpassung Hallenbad und Sauna per Oktober 2002. Auch dieser Antrag wurde ausführlich im zuständigen Verwaltungsausschuss diskutiert. Hinter dieser Preisanpassung, ich möchte gar nicht sagen versteckt sich, aber deklariert sich jedenfalls eine Preisanhebung, aber nicht linear und ich möchte einige Eckpunkte hier kurz ansprechen. Diese Erhöhungen sind immer unter dem Gesichtspunkt der Kostendeckung durch Eintrittserlös in der Größenordnung von 32 % zu sehen. Das war auch der Grund, warum sich die Direktion der Stadtwerke pflichtgemäß Gedanken darüber gemacht hat, diese Ertragssituation zu verbessern. Das ist ja schlussendlich auch ein Auftrag des Gemeinderates, in kürzeren Abständen die Tarife der Unternehmungen Stadtwerke zu überprüfen und entsprechende Korrekturen vorzunehmen. Es ist erkennbar, und jetzt komme ich zu den Eckpunkten die ich streifen möchte, dass Eintrittspreise für Erwachsene, was die 4-Stunden-Karte betrifft, und die Blockpreise bzw. die 4-Stunden-Karte unverändert, die Blockpreise werden erhöht. Vor allen Dingen geht es darum, dass der 10er Block nur mehr 10 % Preisunterschied gegenüber der Einzelkarte ausmachen soll und der 100er Block nicht mehr als 20 %. So gesehen ist es tatsächlich so, dass man von einer Preisanpassung oder Preisangleichung sprechen kann. Der Eintrittspreis, was die 4 Stunden betrifft, nämlich die Ermäßigungskategorie, bleibt unverändert. Neue Kurzzeitkarten für Studenten und Familien werden eingeführt. Die Familienkarte, darf ich hier anführen, bleibt ebenfalls unverändert. Die Kombikarte muss eben, bedingt durch die höheren Stadtbuspreise, auch angehoben werden. Dauerkarten und sonstige Preise bleiben praktisch unverändert.
Was die Begründung der Preisvorschläge der Sauna betrifft, so ist hier nachzulesen, dass die Eintrittspreise für Erwachsene moderat erhöht werden und ebenso die 10er Blockkarten und die 100er Blockkarten. Wiederum mit der Begründung, dass die 10er Blöcke nicht mehr als 10 % zu den Einzelkarten verbilligt sein sollen und die 100er Blöcke nicht mehr als 20 % im Vergleich zu den Einzelkarten Unterschied ausmachen sollen. Die neuen Kurzzeitkarten für Studenten und Familien sind auch anzusprechen und ebenso bleibt die Familienkarte unverändert. Die Kombikarte, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird wegen mangelndem Interesse, bedauerlicherweise ist es so,

nicht mehr weiter geführt. Es gibt aber auch eine neue Dauerkarte für die Sauna.
Ich darf ihnen, meine Damen und Herren, im Hinblick dieser Eckpunkte und unter diesen Gesichtspunkten den Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr an den Gemeinderat zur Verlesung bringen.

11) Stw-52/02 Stadtbad Steyr; Preisanpassung Hallenbad und Sauna per Oktober 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 11.06.2002 über die Preisanpassung für das Hallenbad und Sauna mit Wirksamkeitsbeginn 01.10.2002 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

Herr Bürgermeister ich darf dich bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zum Thema Preiserhöhungen im Stadtbad und Sauna Wortmeldungen? Wird von allen akzeptiert.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Darf ich vielleicht doch noch, ich habe erwartet, dass es eine Diskussion gibt, einige Sätze anhängen Herr Bürgermeister?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Selbstverständlich. Schlusswort bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Und zwar geht es mir darum, ihnen in kurzen Worten zu erklären, wie geht es weiter im Hallenbad. Es ist so, dass gerade diese öffentliche Einrichtung der Stadt Steyr vom Hochwasser schwerstens mitgenommen wurde. Vorerst rechnet man mit einer Größenordnung von 270.000,00 Euro, wobei aber nach oben hin durchaus noch eine Veränderung eintreten kann. Es ist nämlich so, dass vor allen Dingen der Technikbereich sehr stark beschädigt wurde sowohl im Bereich unter dem Sportbecken als auch im Bereich unter dem Hallenbad und die Ersatzteilbeschaffung längere Zeit in Anspruch genommen hat. Daher hat man erst in den letzten Tagen die elektrischen Anschlüsse tätigen können und dort und da hat sich bei den Schaltkreisen noch die Feuchtigkeit bemerkbar gemacht. Es wird durchaus möglich sein, dass, wie gesagt, noch eine Veränderung der Schadenshöhe eintreten wird. Es ist beabsichtigt, und alle Mitarbeiter sind bemüht, so rasch als möglich das Hallenbad wieder in Betrieb nehmen zu können um es der Bevölkerung wieder zur Verfügung stellen zu können. Es ist aber so, vom Zeitablauf, dass man damit rechnen kann, dass es etwa Mitte nächsten Monats bis Anfang übernächsten Monats noch dauern wird. Wie gesagt, es hängt also von den noch ausständigen Ersatzteilen ab, wie rasch man das Hallenbad wieder in Betrieb setzen kann. Bevor ich dann zum Schluss komme, möchte ich hier noch eines erwähnen. Es ist so, dass bei verschiedensten Gelegenheiten, und vor allen Dingen hat ja das der Herr Bürgermeister gemacht, den Einsatzkräften und den Hilfskräften zu Recht Dank abgestattet wurde. Zu Recht Dank abgestattet wurde, weil ich ja selbst wirklich von Anbeginn an, vor allen Dingen dort im Bereich Stadtbad und in der näheren Umgebung tätig war und ich feststellen konnte, dass die Feuerwehr, das Bundesheer, das Rote Kreuz sehr wertvolle Hilfe geleistet hat, im besonderen Maße auch das Bundesheer. Ich habe ja bereits die Gelegenheit wahr genommen bei der letzten öffentlichen Sitzung, wo über das Hochwasser berichtet wurde, mich beim Bundesheer zu bedanken und auch namentlich beim Herrn Moschner und beim GR-Kollegen Fürweger, die sicherlich sehr wertvolle Arbeit in diesem Zusammenhang geleistet haben. Aber, und jetzt komme ich tatsächlich zu dem, was ich eigentlich zum Ausdruck bringen möchte, ich möchte hier diese öffentliche GR-Sitzung benützen, mich bei den Mitarbeitern der Stadtwerke recht herzlich zu bedanken. Es ist ganz egal, ob das die dort beschäftigten Damen waren

oder ob das die Herren waren, die sind wirklich im wahrsten Sinne bis an den Hals im Dreck gesteckt. Sie haben dort gearbeitet, sie haben nicht gefragt, wie schaut es mit den Dienstzeiten aus, sondern sie haben gearbeitet. Sie haben wirklich besten Einsatz dort geleistet und dafür, wie gesagt, möchte ich mich hier vor diesem hohen Gemeinderat bedanken. Ich möchte aber auch nicht unerwähnt lassen, dass ja das Gas- und Wasserwerk Bereitschaft gemacht hat in den Tagen des Hochwassers und auch danach, und dass es ja beinahe zu einer Katastrophe deswegen gekommen wäre, weil, wenn ich da beim Fenster hinausschaue, die Gasleitung unter der Brücke schwer beschädigt wurde und dort ein Mitarbeiter, es war der Herr Karl Zehetner, wirklich unter Einsatz seines Lebens abgeseilt wurde und es leider nicht möglich war, dort das Gas abzudrehen. Es war ja dann notwendig, an anderer Stelle aufzugraben um die Gasversorgung zu unterbrechen, um eben größere Katastrophen zu vermeiden. Ich möchte mich daher, wie gesagt nochmals, bei allen Beteiligten und Mitarbeitern der Stadtwerke für den Einsatz bedanken.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman herzlichen Dank für deine Worte und für deine Dankensrede, auch für die Mannschaft der Stadtwerke. Ich glaube, dass das wirklich auch hervorragend war. Ich möchte noch anfügen, dass bei den Wiederaufbauarbeiten nicht vergessen werden sollte, wenn es schon große Schäden in dem Bereich gibt, im Stadtbad gibt, dass dort auch einige Vereine in diesem Gebäude untergebracht sind, und dass wir das nicht vergessen sollten. Die haben nämlich auch bei mir noch einmal reklamiert, dass sie auch große Schäden haben und dass man vor allem bei den Räumlichkeiten Rücksicht nehmen sollte, dass man die wieder dort hineingibt. Ich spreche jetzt vom Tauchklub und vom Wasserschutzverband.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Danke Herr Bürgermeister für den Hinweis. Ich habe nicht absichtlich vergessen, aber diese Katastrophe hat ja solche Auswirkungen gehabt, dass man gar nicht im Detail an alles denkt. Es ist sicherlich richtig, was du gesagt hast. Es wird auch von mir so gesehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut, dann kommen wir zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung gibt es auch keine. Einstimmige Annahme. Danke, letzter Punkt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Danke. Ich komme, wie gesagt, bereits zu meinem letzten Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, den ich ihnen vorzutragen habe. Der Antrag kommt aus dem Bereich städt. Kunsteisbahn und Eislaufplatz. Es geht um eine Wertanpassung per Oktober 2002, wobei auch natürlich der Hintergrund der ist, unter dem Aspekt, dass eben ein Verbesserungsgrad zum Aufwand gegenüber den Einnahmen aus den Eintrittspreisen von derzeit 34 % zu erwirtschaften ist. Auch im Amtsbericht wird darauf hingewiesen, dass diese Preisanhebung nicht linear erfolgt, sondern in einigen Bereichen und dass auch die Familienkarte und die Kurzzeitkarte als Verkaufsanreiz verbilligt wird. Nachdem ihnen ja im Amtsbericht eine detaillierte Auflistung von den geplanten Veränderungen bei den Tarifen vorliegt, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, darf ich bereits zum Abschluss kommen. Ich verlese ihnen den Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr an den Gemeinderat.

12) Stw-51/02 Städt. Kunsteisbahn (Eislaufplatz); Wertanpassung per Oktober 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 11.06.2002 über die Preisanpassung für die städt. Kunsteisbahn mit Wirksamkeitsbeginn Oktober 2002 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt

zugestimmt. (Beilage)

Herr Bürgermeister ich darf dich bitten auch über den letzten Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es gibt eine Wortmeldung. Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, vielleicht eine Anregung für den nächsten Kommunalausschuss. Es gibt in Österreich sehr viele Kommunen, die ihre Tarife für Sozialhilfeempfänger dementsprechend orientieren. Wir haben in Steyr bisher keinen Ansatz in diese Richtung. Ich würde daher bitten, beim nächsten Kommunalausschuss über die Tarife für unsere Einrichtungen Stadtbad, Kunsteisbahn, aber auch für unsere Tarife im öffentlichen Verkehr nachzudenken und unter Umständen auch einen Beschluss hier im Gemeinderat, oder eine Anregung für den Gemeinderat herbeizuführen für Sozialhilfeempfänger in Steyr einen verminderten Tarif durchzusetzen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich möchte vielleicht noch eine Anmerkung zum Eislaufplatz bringen. Ein Anrainer dieses Bereiches hat mich schon mehrmals gefragt, ob man Lärmschutzmaßnahmen in dem Bereich noch machen könnte. Und zwar ein Herr Ing. Steiner, der war schon x-mal bei mir und hat mich immer wieder gebeten, dass man im Dachbereich, beim Eingang im Dachbereich Lärmschutzmaßnahmen installiert. Ich glaube, dass man das auch einmal überprüfen sollte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Herr Bürgermeister, dazu kann ich Folgendes berichten, nachdem mir ja bekannt ist, dass ja diese Beschwerden vom Herrn Steiner einige Jahre alt sind, und man natürlich versucht hat da gutnachbarschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten, kann ich mich noch an eines erinnern, dass ihm angeboten wurde, damals von den Stadtwerken, Schallschutzfenster dort anzubringen, bei seinem Haus.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das will er eh nicht mehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Angeblich hat er das, so sagt zumindest der Herr Dir. Wein, nicht haben wollen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das will er eh nicht mehr und er will auch die Messungen nicht mehr haben. Er will nur haben, dass der Lärm gar nicht so heraus kommt aus dem Bereich. Es gibt nur mehr eine Öffnung und zwar direkt beim Eingang wenn man reingeht zum Eislaufplatz, da ist eine offene Stelle und da kommt der ganze Lärm, im Sommer von den Skatern und im Winter von den Eisläufern heraus. Das gehört überprüft.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Darf ich noch ein Schlusswort sagen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Selbstverständlich. Schlusswort bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Ein ganz kurzes Schlusswort, meine sehr geehrten Damen und Herren und zwar geht es um die Anregung vom Kollegen Apfelthaler, die durchaus ernst genommen wird, die auch von mir

aufgenommen wird. Ich kann allerdings nicht versprechen, dass wir es bei der nächsten Ausschusssitzung machen, weil da bereits die Tagesordnung erstellt wurde, es kommt auch zu einem Nachtrag und die Tagesordnung ist doch etwas umfangreich geworden, daher werden wir es bei der übernächsten Ausschusssitzung besprechen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber die Mindestpensionisten gehören auch miteinbezogen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Keine weitere Wortmeldung, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Stimmenthaltung auch keine. Einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter. Wir kommen zum nächsten Berichterstatter, Herrn StR Gunter Mayrhofer bitte.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Herren. Der erste Antrag bezieht sich auf die Rederbrücke.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Sehr geehrte Damen und Herren, danke für die Berichtigung, den wichtigsten Teil habe ich vergessen, das darf nicht passieren.
Neubau der Rederbrücke, hier geht es um die endgültige Ausfertigung unseres Anteiles, den die Stadt Steyr zu bezahlen hat. Ich freue mich hier wirklich berichten zu können, dass es nach intensiven Verhandlungen mit dem LH-Stellvertreter Hiesl gelungen ist, für die Stadt Steyr zu einem weit aus besseren Abkommen zu kommen, als ursprünglich gedacht. Ursprünglich war festgelegt worden, dass 12,2 % des Anteiles der Brücke von der Stadt Steyr zu tragen ist und gewünschte Verbesserungen im Bereich Beleuchtung, Lärmschutz usw. von uns alleine zu tragen wären. Bei dieser letzten angesprochenen Zusammenkunft war es dann möglich, dass die Stadt Steyr von den gesamten Kosten 12,2 % trägt und in diesen 12,2 % ist auch die hier angesprochene Vergabe der künstlerischen Gestaltung an den Herrn Josef Holzinger beinhaltet; in Fortsetzung einer alten Tradition, früher war es ein Brückenheiliger und heute ist man dazu übergegangen, hier ein Kunstwerk aufzustellen. Das ist nicht etwas, was von der Stadt Steyr eigens gewünscht wurde, sondern das ist Teil der Gesamtabmachung und die Kosten werden damit nicht erhöht.

xxx

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

13) BauBrü-5/00 Voralpenstraße B 122, km 30.661; Neubau Rederbrücke; Beitragserhöhung und Vergabe der künstlerischen Gestaltung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 27. Juni 2002 wird der weiteren Errichtung der Rederbrücke mit einem erhöhten Kostenanteil (inkl. Lärmschutzverbesserungen) von EUR 919.860,90 inkl. MWSt. zugestimmt.

Weiters wird der Vergabe der künstlerischen Gestaltung an Herrn Josef Holzinger, Garsten, in Höhe von EUR 55.000,- inkl. 10 % MWSt. zugestimmt.

Die gesamten anteiligen Kosten der Stadt Steyr für die Neuerrichtung der Rederbrücke betragen somit EUR 974.860,90.

Die bereits heuer benötigten Mittel (Anzahlung zur Materialbeschaffung an Herrn Josef Holzinger, ev. Teilzahlungen an das Land) können bei VSt. 5/610000/770020 „Bundesstraßen - Kapitaltransferzahlung an den Bund, Beitrag zu Bundesstraßen“ entnommen werden.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Der StR Mayrhofer mag zwar Recht haben, dass es dadurch nicht zu Mehrkosten der Stadt Steyr kommt und ich bin sicherlich jemand, dem ein Sensenblatt mit einem Wassertropfen gefällt und Kunst im öffentlichen Raum befürworte ich auch, nur irgendwo verstehe ich es nicht ganz, wenn man auf der einen Seite z. B. erst vor 2 Tagen in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz über Prioritäten aufgrund des Hochwassers gesprochen hat und sogar schon Kanalbauten - wo so manche absolut notwendig sind - in Frage gestellt worden sind, und auf der anderen Seite werden jetzt EUR 50.000,-- ausgegeben - ob von der Stadt oder vom Land ist ja sekundär, das ist Geld, was ich auch für etwas anderes ausgeben könnte. Wenn wir heute schon öfters gesprochen haben, dass wir uns in Schillingbeträgen weiter unterhalten, weil das viele noch besser im Kopf haben, dann sind das immerhin umgerechnet in Schilling inkl. MWSt. eine dreiviertel Million Schilling und um eine dreiviertel Million Schilling würden sich manche Maßnahmen im Bereich Hochwasserschutz für Private durchführen lassen. Insofern bin ich mit dieser Angelegenheit nicht besonders glücklich und glaube, dass man das derzeit der Bevölkerung, den Bürgerinnen und Bürgern von Steyr, nicht ganz klarmachen kann, dass man auf der einen Seite für manche Dinge wie Kanalbauten kein Geld mehr hat, dann aber so etwas macht. Was mich noch interessiert hätte, das ist aus dem Akt leider nicht hervorgegangen, Gunter, da gehe ich davon aus, dass du mir weiterhelfen kannst, mich würde interessieren, wie es zu diesem Auftrag gekommen ist, ich habe nämlich nirgendwo gefunden, dass dieser künstlerische Auftrag irgendwie ausgeschrieben worden wäre oder so, sondern es ist einfach gestanden: „Im Gegenzug dazu, wird die Stadt Steyr den Künstler Josef Holzinger mit der Gestaltung beauftragen.“ Mich würde interessieren, wie das genau abgelaufen ist, wie man auf ihn gekommen ist, ob es da eine Ausschreibung gegeben hat usw.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, Schlusswort?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wie im Akt angeführt - ebenso im Amtsbericht - ist der Betrag in Schilling 688.015,--.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ohne Mehrwertsteuer!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ich hoffe, dass ein jeder lesen kann, darum habe ich es auch gerade wiederholt. Die Ausschreibung erfolgte nicht über die Stadt Steyr, ob sie von Seiten des Landes erfolgt ist, entzieht sich meiner Kenntnisnahme. Die Abstimmung allerdings, das heißt, welches der vorgeschlagenen Themen vom Künstler verarbeitet wird, das ist mit unserer Abteilung Altstadterhaltung, mit dem Herrn Dr. Kaiser, erfolgt. Das Gesamte ist nicht passiert, dass man sagt, wir können das machen, sondern solch eine Skulptur wurde vom Land vorgesehen und im Gesamtpaket ist vereinbart worden, dass dieser Auftrag von uns an den Künstler Holzinger vergeben wird. Wie der Landesrat auf den Künstler Holzinger kommt, entzieht sich meiner Kenntnisnahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke, wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF).

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt bezieht sich auf die Abwasserbeseitigung des heurigen Jahres und zwar Kanalisation Innenstadt, Teil 2 und Kanalisation Steyrdorf, Teil 5, Änderung der Mittelfreigabe und Kreditübertragung.
Trotz mehrmaliger Ausschreibung haben wir noch keinen gültigen Auftrag für Teilbereiche der Kanalisation Ennsleite vergeben können. Das ist im heurigen Jahr auch nicht mehr notwendig, darum werden Mittel, die hier vorgesehen waren, für die Kanalisation Innenstadt und Steyrdorf verwendet.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

14) Bau-T2/02 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr 2002; Kanalisation Innenstadt, Teil 2, und Kanalisation Steyrdorf, Teil 5; Änderung der Mittelfreigabe und Kreditübertragung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 27. August 2002 wird zur Errichtung der Kanalisation Innenstadt, Teil 2 und Kanalisation Steyrdorf, Teil 5, im Jahr 2002 einer Kreditübertragung von der VSt. 5/851
000/004380 (Kanalbau Ennsleite) in Höhe von EUR 160.145,93 zu VSt. 5/851000/004170 (Kanalbau Innenstadt) und EUR 16.156,25 zur VSt. 5/851000/004280 (Kanalbau Steyrdorf) zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EURO 176.310,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Das ist auch nicht der Fall. Stimmenthaltung? Nein, einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Beim nächsten Punkt kommen wir hoffentlich zum letzten Akt im Bereich Heimel. Das heißt, jene Liegenschaft, Kauf und Abtretung der Fischervilla, die für den weiteren Ausbau der Fachhochschule notwendig wäre. Mein Antrag bezieht sich auf den letzten vereinbarten Teil und zwar auf jenen Teil, der die denkmalschutzwürdige Arbeiten und die Subvention dafür betrifft.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

15) ÖAG-4/01 Arno Heimel; Gewährung einer nicht rückzahlbaren Subvention zur Sanierung der Fischervilla.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 9. September 2002 wird Herrn Arno Heimel ein einmaliger nicht rückzahlbarer Zuschuss zur Sanierung der Fischervilla in Höhe von EUR 29.069,-- gewährt. Die Auszahlung dieses Betrages hat nach Vornahme der notwendigen Sanierungsleistungen am Objekt zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF).

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der letzte Antrag bezieht sich auf eine Verlängerung des Neuplanungsgebietes im Bereich Stelzhamerstraße - Krakowizer Straße.

Es ergeht der Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

16) BauGru-15/00 Neuplanungsgebiet Nr. 2 „Stelzhamerstraße“; 1. Verlängerung

Der Gemeinderat wolle nachstehende Verordnung betreffend die Verlängerung des Neuplanungsgebietes Nr. 2 - „Stelzhamerstraße“ - beschließen:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom .....

Das vom Gemeinderat in seiner Sitzung vom 5. Oktober 2000 beschlossene Neuplanungsgebiet Nr. 2, Stelzhamerstraße wird gemäß § 45, Abs. 1 der OÖ. Bauordnung LGBl.Nr. 66/94 idgF., um ein weiteres Jahr verlängert. Grundlage hiefür ist der Plan der FA für Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 15. Mai 2000.

Das Neuplanungsgebiet umfasst im Wesentlichen den Bereich zwischen der Tomitzstraße im Norden, der Stelzhamerstraße im Westen, der Krakowizer Straße im Süden und der Hochhauserstraße sowie einer gedachten Verlängerung derselben bis zur Krakowizer Straße im Osten. Weiters wird das Neuplanungsgebiet durch die Grundstücke 1468, 1469, 1470, 1461/4 - /6, 1460/6, 1472/1 und /2 sowie 1477 samt Bauflächen, alle Kat. Gem. Steyr, ergänzt.

Die Gebäudehöhe wird indirekt durch die Angabe der maximalen Geschossanzahl über dem Erdboden festgelegt. Diese soll mit max. zwei Vollgeschossen definiert werden. Die Baufluchtlinien sollen so festgelegt werden, dass einerseits aus architektonischen Gründen nur geringfügige Erweiterungen möglich sind, andererseits zur Erhaltung der Siedlungsstruktur Neubauten im erforderlichen Maß eingeschränkt werden. Als Bebauung ist offene Bauweise vorgesehen. Das Maß der baulichen Nutzung wird mit einer Geschossflächenzahl von max. 0,3 festgelegt werden. Gemäß § 45 der OÖ. Bauordnung leg. cit. kann der Gemeinderat durch Verordnung bestimmte Gebiete zu Neuplanungsgebieten erklären, wenn ein Flächenwidmungsplan oder Bebauungsplan für diesen Bereich erlassen oder geändert werden soll und wenn dies im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung erforderlich ist. Der Gemeinderat hat anlässlich der Verordnung die beabsichtigte Neuplanung, die Anlass für die Erklärung ist, in ihren Grundzügen zu umschreiben. Die Erklärung zum Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Grundstücken und Baubewilligung, ausgenommen Baubewilligungen für Bauvorhaben gemäß § 24 Abs. 1 Zif. 4 (Abbruch von Gebäuden), nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn nach der jeweils gegebenen Sachlage anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes oder Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.
Das Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften sowie Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen, nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes bzw. Bebauungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

II. Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idgF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tage der

Kundmachung an in der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten sowie in der Fachabteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung des Magistrates der Stadt Steyr durch 2 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für jedermann auf.

Durch die mehrmalige Verschiebung, Neubearbeitung des Flächenwidmungsplanes und des Stadtentwicklungskonzeptes war es nicht möglich, diesen neuen Bebauungsplan zu machen und ich ersuche daher um Verlängerung um ein weiteres Jahr.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.
Ich danke dem Berichterstatter und ersuche den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Walter Oppl, um seine Ausführungen.

BE:STADTRAT WALTER OPPL:
Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Bei meinem Antrag handelt es sich an und für sich, von der finanziellen Höhe her, um die Kompetenz des Stadtsenates, aber aufgrund finanztechnischer Vorgaben seitens des Herrn Finanzdirektors müssen wir eine Kreditübertragung beschließen und diese fällt natürlich in die Kompetenz des Gemeinderates. Es geht bei meinem Antrag um die ersten Umsetzungsschritte von der Jugendstudie der Stadt Steyr und wir haben ja bereits bei der letzten Sozialausschusssitzung darüber berichtet und diesbezüglich einen einstimmigen Beschluss gefasst, dass wir als erste Schritte heuer in den Ferien mit dem Projekt 4 x Stadtviertel und dem Projekt Spielen in Steyrer Vierteln eben diese Umsetzung der Jugendstudie in Angriff nehmen. Mit diesen zwei Projekten wurde einerseits das Röd@ in Zusammenarbeit mit den Streetworkern beauftragt und andererseits die Kinderfreunde Steyr.
Ich darf ihnen bei dieser Gelegenheit berichten, dass in Summe bei den insgesamt 24 Veranstaltungstagen rund 1.200 Kinder und Jugendliche beteiligt waren und dass jetzt noch eine Veranstaltung aussteht, und das ist das große Abschlussfest im Röd@ für das Projekt 4 x Stadtvierteln, das aufgrund der Hochwasserkatastrophe zum vorgesehenen Termin leider nicht durchgeführt werden konnte. Diese Veranstaltung wird aber selbstverständlich nachgeholt, sobald beim Röd@ die Betriebsmöglichkeiten wieder vorhanden sind. Wir werden anlässlich der nächsten Sozialausschusssitzung selbstverständlich eine genaue Berichterstattung über die einzelnen Projekte vorlegen. Es wird eine Evaluierung sämtlicher Veranstaltungen geben und ich möchte sie ersuchen, dem vorliegenden Antrag - wobei es sich um einen Gesamtbetrag von Euro 9.492,-- handelt - ihre Zustimmung zu geben.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

17) JW-17/95 Umsetzung Jugendstudie; Projekte „4 x Stadtviertel =“ und „Spiel in den Steyrer Vierteln.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Jugendangelegenheiten vom 25. 6. 2002 werden das Jugendkulturzentrum Röd@ und Streetwork Steyr mit der Durchführung des Ferienprojektes „4 x Stadtviertel =“ im August 2002, sowie die Kinderfreunde Steyr mit der Durchführung des Ferienprojektes „Spiel in Steyrer Vierteln“ beauftragt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von Euro 3.092,-- (dreitausendzweiundneunzig) für das Projekt „4 x Stadtviertel =“
sowie Euro 6.400,-- (sechstausendvierhundert) für das Projekt „Spiel in den Steyrer Vierteln“ werden bewilligt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von insgesamt Euro 9.492,--

(neuntausendvierhundertneunzigzwei)

von der VSt. 1/439000/728000 auf die VSt. 1/439000/757000 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VSt. 1/439000/728000 zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Niemand. Stimmenthaltung? 4 FPÖ (StR Eichhübl, Vizebgm. Dr. Pfeil, GR Fürweger, GR Dr. Wetzl). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.
Ich danke dem Berichterstatter.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag der SPÖ, der ÖVP und der Grünen zum Thema Erbengemeinschaft Werndl, Unterhimmler Au. Gibt es zu diesem Dringlichkeitsantrag Wortmeldungen? Sie, Herr Dr. Pfeil?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich nehme an, dass zuerst die anderen reden wollen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es gibt anscheinend keine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wenn der Herr Dr. Pfeil auf eine Wortmeldung wartet, dann müssen wir dem natürlich schon nachkommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ihr habt ihn ja auch eingebracht, ihr werdet schon wissen warum.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wir haben ihn eingebracht und wir wissen auch warum, wir wissen was wir tun.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das bezweifle ich.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich glaube, über diesen Punkt brauchen wir an und für sich keine langatmige Debatte führen. Das Thema Werndlgründe haben wir in diesem Kreise des Gemeinderates ja schon mehrmals behandelt. An und für sich hätte ja der Beschluss, oder der Kauf dieses Grundstückes, schon vor einiger Zeit über die Bühne gehen sollen, ist aber nicht durchführbar gewesen, war nicht möglich, weil die Einigkeit bei den Eigentümern nicht gegeben war. Somit ist ein normaler Kauf nicht durchgeführt worden, sondern es kommt zu einer Versteigerung, die am Montag stattfinden wird. Ich kann für unsere Fraktion sagen, dass sich inhaltlich ja nichts daran geändert hat, dass es für die Stadt eine große Chance ist, die wir nützen sollten, dass wir dieses Grundstück für ein Naherholungsgebiet gewinnen, aber vor allem auch, dass es in der Qualität eine großartige Verbesserung bringt, indem ja ein großer Teil dieses Grundstückes in ein Naturschutzgebiet umgewidmet werden soll. Wir haben ja einen Teil vom unteren Steyrtal mittlerweile schon in ein Naturschutzgebiet umgewidmet. In diesem Bereich ist es aufgrund der Nichtzustimmung einiger Eigentümer nicht möglich gewesen und damit wir das erschließen können und dort ein wirklich großflächiges Naturschutzgebiet errichten können, ist es langfristig, nachhaltig sinnvoll, dort diesen Kauf zu tätigen. Wenn dieses Grundstück um den Rufpreis von EUR 1.511.600,-- zu erwerben ist, - es ist ja auch mit der zuständigen Abteilung des Landes Oberösterreich vereinbart, dass wir rund die Hälfte dieses Kaufpreises wieder zurückbekommen - dann ist das für unsere Stadt natürlich schon äußerst attraktiv. Es würde mich freuen, natürlich auch im Sinne des Umweltschutzes, Naturschutzgebiet und für zukünftige Absicherung, wenn wir in dieser Frage heute zu einem einstimmigen Beschluss kommen könnten,

damit wir mitbieten können, damit wir an der Versteigerung teilnehmen können. Ich würde wirklich auch jene ersuchen, die unserem Dringlichkeitsantrag noch nicht beigetreten sind, dass wir wirklich auch geschlossen hinter diesem Kauf stehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich darf vorwegschicken, dass meine Fraktion und ich selbst natürlich hinter dem Ankauf stehen. Ich halte es auch für sinnvoll, dass dieses Naherholungsgebiet gekauft wird. Es geht nur um das wie und warum, bzw. um die Art und Weise und um das liebe Geld. Bitte auch hier um Verständnis, voriges Jahr haben wir alles in Schillingen ausgeworfen, wenn ich auch hier ausschließlich in Schilling spreche. Wir haben am 8. 11. 2001 hier in diesem Hause einen Antrag auf Ankauf dieses Grundstückes gehabt. Ich habe damals meine Bedenken geäußert, insbesondere die Höhe des Kaufpreises 20,8 Mio. Schilling, die ein einseitiges Angebot seitens der Weinviertler Volksbank und des Rechtsvertreters Herrn Dr. Proksch waren und wo wir als Gemeinderäte verpflichtet sind, bei solchen Ankäufen selbstverständlich ein Schätzgutachten einzuholen. Diese Ansicht hat auch das Land OÖ in der Beantwortung einer Aufsichtsbeschwerde bestätigt. Es steht auch hier, dass ein Schätzgutachten zwingend vorgeschrieben ist, aber wenn der Gemeinderat der Stadt Steyr zu einer anderen Ansicht kommt, dann kann man auch nichts machen. So steht es wörtlich drinnen. Das heißt, man muss sich wirklich fragen, welchen Sinn dann solche Beschwerden überhaupt haben. Ich möchte sie jetzt auch nicht mit Details langweilen, aber es sind sehr viele Punkte, die auch das Land zu Recht kritisiert hat, unter anderem auch die 7 %ige dekursive Verzinsung der Halbjahresannuität usw. Es gibt viele Punkte, aber ich möchte auf den Kernpunkt kommen. Der Gemeinderat hat am 8. 11. den Ankauf mit Mehrheit beschlossen. Wenn ich ein Anbot erlege, dann nehme ich an, dass es mit meinem Anbotsnehmer abgesprochen ist, dass er sagt, ich will 20,8 Mio. Schilling, wir bieten 20,8 Mio. Schilling und der Deal gilt. Dem war nicht so, die andere Seite hat nämlich dann überlegt, wie können wir daraus mehr lukrieren. So ist es eben zu einer Versteigerung gekommen, die am Montag stattfinden soll und wo die Stadt Steyr - wenn sie diese Grundstücke jetzt haben will - einen Riesennachteil hat. Wir haben durch den Gemeinderatsbeschluss vom 8. November einen Riesennachteil, weil wir uns schon öffentlich geäußert haben, was uns diese Grundstücke wert sind, nämlich 20,8 Mio. Schilling. Das heißt, es ist das eingetreten, was ich am 8. 11 gesagt habe, dass das wahrscheinlich der Ausrufungspreis sein wird und wir uns in eine selbstgestellte Sackgasse führen, weil wenn jemand kommen sollte, der mehr bietet, können wir nicht mit und der Ausrufungspreis ohne Schätzgutachten ist von der anderen Seite auch willkürlich festgelegt. Es ist so gekommen, wir haben am Montag eine Ausrufung von 20,8 Mio. Schilling. Das heißt, wir können uns jetzt - wenn wir das wollen - bei der Versteigerung beteiligen. Nur, auch hier ist die Geschichte nicht so einfach, wie sie sich darstellt. Nämlich, diese Versteigerungsbedingungen sind sehr kompliziert und ich weiß nicht, ob sie dem Gemeinderat bekannt sind. Es ist nämlich nicht so, wenn wir dort jetzt aufzeigen und wir sind der Einzig- oder Bestbieter, dass wir dann diese Grundstücke bekommen. Mitnichten, es ist so, dass zuerst sämtliche 8 Grundbuchskörper - wie das so schön heißt - gemeinsam angeboten werden. Da tun wir mit, da bekommen wir vielleicht den Zuschlag beim ersten Punkt. Aber der Zuschlag wird nicht erteilt, sondern es wird - wie es so schön heißt - innegehalten. Dann geht es in die zweite Runde, man kann ja vielleicht noch mehr bekommen. Dann heißt es, dass sämtliche 8 Einlagezahlen gesondert angeboten werden. Auch hier, wenn das Ergebnis fertig ist, wird innegehalten. Dann kommt es zu einem dritten Durchgang. Das heißt, dann werden die einzelnen Einlagezahlen ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Grundstücke!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Dann werden die einzelnen Grundstücke parzellenweise versteigert. Dann geht es weiter. Wenn jetzt dieser Gesamterlös aller dieser - unter den vorigen Punkten - durchgeführten Versteigerungen dann

einen höheren Wert ergibt als unsere 20,8 Mio. Schilling, dann wird das trotzdem zerschlagen und die Mitbieter bekommen dann diese Grundstücke. Unter einer Voraussetzung und das ist jetzt der Punkt, dass sämtliche Grundstücke verkauft sind. Das heißt, auch die massiven Überschwemmungsgebiete, auch der Bannwald, die Leiten usw., das ist eher unwahrscheinlich. Das heißt, es könnten jetzt 2 Punkte eintreten. Entweder die Stadt bekommt dann den Zuschlag, oder die Versteigerungsbedingungen werden von den Rechtsvertretern während der Verhandlung geändert. Das ist nämlich keine Exekutionsversteigerung, sondern eine freiwillige Versteigerung und da ist das möglich. Das heißt, wenn wir das wollen, dann sollen wir nicht hingehen und sagen, wir bieten jetzt 20,8 Mio. Schilling, sondern wir sollen einen beauftragen, und das kann meines Erachtens nur der Herr Bürgermeister sein, dass er dort mit dem Povoir des Gemeinderates hingeht bzw. mit dem Povoir der Fraktionsobmänner und -damen, dass er bei der Versteigerung teilnimmt und flexibel agiert. Ich halte sehr viel davon, dass natürlich der rechtskundige Dr. Schmoll dabei ist, weil das unter Umständen dort sehr haarig werden kann. Aber ich halte es für die Sache nicht dienlich, weil wir uns schon einmal unnötigerweise mit den 20,8 Mio. Schilling festgelegt haben. Ich halte es für schlecht für die Stadt und die Steuerzahler, wenn wir jetzt weiterhin festlegen, ja wir gehen dort hin und steigern mit 20,8 Mio. Schilling. Darum habe ich einen Abänderungsantrag vorbereitet, den ich ihnen hiermit zur Kenntnis bringe.
Ich habe einfachheitshalber, wie ich es am Anfang schon gesagt habe, unseren Dringlichkeitsantrag, der ähnlich-lautend war, zurückgenommen und stelle hier den Abänderungsantrag.

Abänderungsantrag

Der Gemeinderat fasst heute keinen Beschluss. Der Gemeinderatsbeschluss vom 8. 11. 2001 ist hinfällig.
In der Fraktionsobmännerbesprechung am Montag, dem 23. 09. 2002, wird die gemeinsame Vorgangsweise abgestimmt.

Da sind sich alle Rechtsgelehrten auch einig, der ist sowieso weg.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der ist ja eh weg.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Die Meinung war aber nicht immer so.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Für uns war das immer so.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich glaube, das wäre eine faire, klare, auch für den Steuerzahler nachvollziehbare Lösung. Gerade unter dem Aspekt, dass hier massive Überschwemmungen stattgefunden haben, wird das Interesse an diesen Gebieten beim Spekulanten eher gering sein. Wir haben ja die Möglichkeit, über die Raumordnung, Flächenwidmung, Naturschutzwidmung, dort alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Ein Satz sei mir noch erlaubt zu sagen, Herr Bremm. Also, diesen Akt kenne ich wirklich von der ersten bis zur letzten Seite ganz genau und ich habe keinen einzigen Zettel darin gefunden, auf was sich ihre Meinung beruft, dass sie so sicher sagen können, dass das Land die Hälfte des Kaufpreises zurückerstattet. Ich habe darin nichts gefunden. Wenn sie etwas schriftliches haben, dann zeigen sie es uns bitte. Sagen sie es nicht nur, sondern zeigen sie es uns, das wäre natürlich auch schön.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich kann mich sehr kurz fassen, nachdem der Herr Dr. Pfeil im Prinzip alles Wesentliche bereits

gebracht hat. Ich kann mich erinnern, dass wir ja bereits eine Fraktionssondersitzung bei der letzten Gemeinderatssitzung, wo es um dieses Thema gegangen ist, gemacht haben und im Endeffekt möchte ich den Ausführungen vom Herrn Dr. Pfeil nur eines hinzufügen. Wenn ich mir überlege und anschaue, was aufgrund von irgendwelchen falschen Vorgehensweisen, ungeschickten, patscherten Geschichten in dieser Stadt, in all diesen Jahren an Geld mehr oder weniger zum Fenster hinausgeschmissen worden ist, weil man irgendetwas so ungeschickt angegangen ist, wenn man alle dieses Geld hätte, dann hätte man an sinnvollen Dingen so viel realisieren können, wo man immer gesagt hat, man hat kein Geld. Wenn man sich heute hinstellt und von vornherein sagt, wir kaufen ein Grundstück um 20,8 Mio. Schilling und sich so fixiert und dieses Grundstück diese 20,8 Mio. Schilling gar nicht wert ist und wir trotzdem sagen, wir ersteigern es um diesen Preis, dann ist das echt ein Wahnsinn. Ich kann mir die Vorgehensweise vom Herrn Dr. Pfeil gut vorstellen, nur ein Punkt ist mir bei der ganzen Geschichte nicht ganz klar und das hätte ich ganz gerne noch ein bisschen erläutert. Was passiert jetzt, wenn sich beispielsweise an diesem Montag überhaupt kein Käufer findet? Was passiert dann mit diesem Grundstück?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Dann muss es noch einmal versteigert werden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Da gibt es dann zwei Möglichkeiten. Aber ich glaube, der Herr Dr. Schmoll kann das viel besser erklären als ich.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Das würde mich nämlich noch interessieren, wie dann diese Geschichte läuft. Aber generell glaube ich, dass wir wahrscheinlich sehr viele Möglichkeiten haben, aufgrund der Flächenwidmung, aufgrund der Bauordnung, dass wir ohnedies unsere Interessen als Stadt und die Interessen der Steyrerinnen und Steyrer wahren können, ohne jetzt 20,8 Mio. Schilling auszugeben, die uns auf der anderen Seite bei allen anderen Dingen immer fehlen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Dr. Schmoll bitte.

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf vielleicht noch einmal kurz den Vorgang der Versteigerung am Montag erklären, wie sie uns aus den Versteigerungsbedingungen vorliegen. Ich darf vorausschicken - das wird mir der Herr Dr. Wetzl auch bestätigen - eine freiwillige Feilbietung von Liegenschaften, ist eine in der österreichischen Rechtsordnung höchst selten vorkommende Angelegenheit. Das Problem dabei ist, dass es ganz klare Richtlinien für eine exekutive Verwertung von Liegenschaften gibt, nicht jedoch für freiwillige Feilbietungen, da in diesem Fall der Parteiwille - nämlich der derzeitigen Eigentümer - oberste Maxime ist. Die Versteigerungsbedingung sieht wirklich - wie der Herr Dr. Pfeil das richtig dargestellt hat - vor, zunächst alle 8 Grundbuchseinlagen gesamt anzubieten. Die gesamte Liegenschaft wird auf einmal eben zu diesem Rufpreis von 20,8 Mio. Schilling angeboten. Der zweite Durchgang wird sein, alle 8 Grundbuchseinlagen werden gesondert ausgerufen. Man wird sehen, ob es dafür Interessenten gibt. In einem dritten Durchgang - und bisher wurde immer noch kein Zuschlag an irgendjemanden erteilt, auch wenn es Bieter gegeben hätte - wird jedes einzelne Grundstück, aus denen die gesamte Liegenschaft der Erbengemeinschaft Werndl besteht, zum Kauf angeboten. Dann wird aufgerechnet, in welchem Durchgang haben wir den höchsten Erlös erzielt. Allerdings - und da muss ich die Aussage vom Herrn Dr. Pfeil wiederum bestätigen - mit der Einschränkung, dass ein Zuschlag - zumindest nach den vorliegenden Versteigerungsbedingungen - nur dann erteilt werden kann, wenn sämtliche Grundbuchseinlagen und damit auch sämtliche Grundstücke veräußert wurden. Ist das nicht der Fall, gibt es sogar einen vierten Durchgang, nämlich die noch nicht verkauften Grundstücke werden nochmals ausgerufen. An und für sich dürfte nur an jenen ein Zuschlag erteilt werden, wenn alles verkauft wurde. Kommt kein Bieter, was nicht anzunehmen ist, oder kann kein Zuschlag erteilt werden, das ist unter Umständen schon

wahrscheinlicher, dann hat die Erbengemeinschaft Werndl bzw. die betreibende Partei, die Weinviertler Volksbank, binnen drei Monaten neue Versteigerungsbedingungen vorzulegen. Das heißt, wir wissen nicht, wie die aussehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Eine Zusatzfrage. Wenn bei der zweiten oder dritten Versteigerung rauskommt, dass ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Durchgang!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
... Durchgang rauskommt, dass der Großteil der Gründe verkauft werden kann und sich einer bereit erklärt, den Rest zu nehmen, könnte theoretisch der Zuschlag erteilt werden? Das ist unser Risiko, das müsste uns klar sein, wenn wir beim ersten Durchgang nicht mittun.

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Das Risiko haben wir aber auch, wenn wir mittun, weil damit mit Sicherheit ein höherer Kaufpreis feststeht. Weil das eine muss man auch noch sagen, nach den Rufpreisen ist die billigste Variante, die gesamte Liegenschaft zu kaufen. Dann, bitte mich jetzt nicht festzuhalten, aber erheblich teurer wird es schon, die einzelnen Grundbuchseinlagen zu ersteigern und bei rund 35 Mio. Schilling liegt die gesamte Aufaddierung der Rufpreise für die einzelnen Grundstücke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Eine Frage noch, die ist auch ganz wesentlich. Wenn ich das Povoir von den Fraktionsvorsitzenden bekommen würde, am Montag dort hinzugehen und bis zu einem bestimmten Preis mitzusteigern, ist das dann grundsätzlich rechtlich in Ordnung?

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Günstiger wäre natürlich ein Vorwegbeschluss des Gemeinderates, der allerdings für eine Versteigerung fast nicht zu erzielen ist, weil ich nur ein Oberlimit festlegen kann.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Das Povoir könnte man sich ja ausmachen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Die Fraktionsobmänner, das braucht man nicht öffentlich machen.

SR MAG. HELMUT LEMMERER:
Das ist nicht sinnvoll, das in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung zu machen.

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Das ist nicht sinnvoll und in der Fraktionsobmännerkonferenz hat es keine rechtliche Verbindlichkeit.

Diskussion verschiedener Mandatare

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Die Fraktionsobmännerkonferenz ist ein rechtliches „Nichts“. Es geht dann wirklich zur Beschlussfassung - im Nachhinein wird dann jedes Mal der Gemeinderat berufen sein, wenn es heute zu einer Beschlussfassung über den Rufpreis kommt und man es um diesen Preis ersteigern kann. Jede andere Erhöhung wird nachträglich vom Gemeinderat zu genehmigen sein. Es gibt natürlich - das darf ich vielleicht einflechten - wenn sich die Fraktionsobmännerkonferenz darauf einigt, die Möglichkeit einer Bürgermeisterverfügung, die dann natürlich auch den einzelnen Gremien vorzulegen ist, aber unabhängig davon, ob zugestimmt wird oder nicht, für die Stadt

rechtsverbindlich gegenüber dem Gericht und den betroffenen Anbietern ist.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich bin für eine Sitzungsunterbrechung, wir sollten noch einmal diskutieren. Ich glaube, dass das sinnvoll ist im Sinne der Vorgangsweise.

Unverständliche Zwischenrufe

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, das machen wir jetzt gleich.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 18.10 UHR BIS 18.40 UHR.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So, meine Damen und Herren. Wir haben uns im Kreise der Fraktionsvorsitzenden zu diesem Thema noch einmal eingehend unterhalten, wir haben noch einmal alle Fachmeinungen gehört. Es hat dazu geführt, dass es nach wie vor zwei Positionen gibt. Das heißt, es gibt die Position der FPÖ und des LIF und es gibt die Position SPÖ, ÖVP und GAL.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Meine Position ist aber nicht unbedingt ident mit der von der FPÖ.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wir kommen zur Abstimmung über den Abänderungsantrag der FPÖ. Ich gehe einmal davon aus, dass den jeder gut kennt. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Zwischenruf: Den haben wir ja gar nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Oh ja, ich habe ihn auch vorgelesen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bitte lesen sie ihn noch einmal vor, dass alles klar ist.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

ABÄNDERUNGSANTRAG

Der Gemeinderat fasst heute keinen Beschluss. Der Gemeinderatsbeschluss hinsichtlich Ankauf vom 08. 11. 2001 ist hinfällig.

Darüber haben wir Einigkeit erzielt, was diese Rechtsmeinung betrifft.

Die Fraktionsobmännerbesprechung am Montag, den 23. 09. 2002, wird die gemeinsame Vorgehensweise bestimmen.
Einfach und klar.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Genau über diesen Antrag stimmen wir jetzt ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. FPÖ. Wer ist gegen diesen Antrag? SPÖ, ÖVP, GAL. Stimmenthaltung? LIF. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zum Antrag der SPÖ, ÖVP und GAL. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖPV, GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung?

FPÖ, LIF. Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich danke schön.

Wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“. Gibt es eine Wortmeldung der SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine Wortmeldung der FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Nein.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, sie haben zu Beginn ihrer Einleitung zum Gemeinderat den Brief, der hier ergangen ist, versucht zu erklären. Für mich war das ein bisschen zu wenig, wir haben auch nicht die Möglichkeit einer Diskussion gehabt. Vor allem deswegen zuwenig, weil sie bisher in aller Öffentlichkeit immer etwas anderes gesagt haben, auch in der öffentlichen Gemeinderatssitzung. Auch hier wurde uns von ihrer Seite mitgeteilt, dass diese Berichterstattung so nicht richtig war. Ich tue mich jetzt immer sehr schwer; in der öffentlichen Gemeinderatssitzung haben sie gesagt, das ist so, zu uns haben sie gesagt, das ist so und jetzt auf einmal lesen wir in den Medien, dass sie einen Brief schreiben, wo sie das alles, was sie gesagt haben widerrufen und etwas anderes stimmt. Ich glaube, dass man von einem Bürgermeister erwarten kann, dass das was er sagt, auch tatsächlich stimmt und dass man sich auf dieses Wort verlassen kann. Ich ersuche um Aufklärung, was hier los ist. Sie wissen, ich war selbst zu dieser Zeit im Krisenstab.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, ich war dabei, wie dann auf einmal jemand hereingekommen ist und gesagt hat: „Habt ihr das gehört, was der Brunhofer gesagt hat?“ Da ist vorher von diesem Dammbruch nicht gesprochen worden und von der Flutwelle, die da kommt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Darf ich das Thema noch einmal ganz klar wiederholen, aber ich glaube, das ist wirklich nicht schwer nachzuvollziehen.
Der Krisenstab hat getagt und der Herr Brunhofer ist bereits bei der Frau Walcher im Vorraum gestanden, mit seiner aufgebauten Kamera. Der Herr Brunhofer hat mir nachher erklärt, dass er bereits Vorinformationen zum Thema Rosenau gehabt hat. Ob dies das Rosenau dort drinnen oder ganz etwas anderes betroffen hat, das weiß ich nicht. Der Herr Brunhofer ist dann während der Krisensitzung einmal hereingekommen und hat uns dort auch gefilmt. Während dieser Zeit, oder beim Rausgehen, ist ein Herr von der Polizei hereingekommen und hat dort gesagt, dass es beim Kraftwerk Rosenau möglicherweise zu Problemen kommt. Das hat der Herr Brunhofer gehört und das war für ihn die Bestätigung. Nach dieser Pressekonferenz habe ich noch einmal mit ihm gesprochen, für ihn war das die Beendigung seiner Recherche. Das heißt, nach seinem Gefühl hat er ausreichend recherchiert. Ich kann das nur so wiedergeben. Aus meiner Sicht war es so, dass ich als Krisenstabvorsitzender zu diesem Thema an den ORF ganz klar keine Anweisung gegeben habe, dass er diese Meldung so rausgeben muss. Das heißt, von mir ist das nicht autorisiert worden, sondern das ist eine Meldung, die er aufgeschnappt hat und wie es aus meiner Information von vielen Journalisten heißt, hat er diese Meldung des Polizeibeamten, als Bestätigung für seine Vermutung, als endgültig recherchiert betrachtet und so weitergegeben. Das ist Sache und sonst

nichts.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Was hat sich dann von ihrem Wissen seit der letzten Gemeinderatssitzung geändert?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Von meinem Wissen hat sich nur geändert, dass ich mit dem Herrn Brunhofer noch einmal geredet habe und dass er diese Art der Recherche, die er macht, für sich als abgeschlossen betrachtet hat. Da muss ich sagen, okay, so wird es offensichtlich unter Journalisten immer gehandhabt.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das war so.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das Einzige, was wir jetzt neu dazugelernt haben, ist, dass die Meldung doch aus dem Krisenstab heraus kam, was ja bis jetzt immer abgestritten worden ist. Das einzige, was man dazu sagen sollte, schweigen wir über diese Peinlichkeit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das keine Peinlichkeit!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Das ist sehr wohl peinlich, einmal sagen sie dies und einmal das.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein wirklich nicht, ich sage immer das Gleiche.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Nein! Ich habe doch gerade gesagt, vorher haben sie gesagt, dass das nie aus dem Krisenstab herausgekommen ist, jetzt hören wir, dass es doch aus dem Krisenstab kam

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das habe ich sogar in der Pressekonferenz gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Schweigen wir darüber, bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
In der Pressekonferenz hat der Herr Savio mit dem Herrn Brunhofer darüber diskutiert, da waren sie auch dabei. Erzählen sie mir nicht irgendeinen Schmäh, das ist so. Ich werde doch selber noch wissen, was da passiert ist.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, ich zitiere aus ihrem Brief: „Diese Meldung eines Dammbruches ist tatsächlich von außen an den Krisenstab herangetragen und an sie, als ORF-Journalist, im Sinne des oberösterreichischen Katastrophenschutzplanes weitergegeben worden.“ Jetzt stelle ich an sie die Frage, wer im Krisenstab hat dann im Sinne des Katastrophenschutzplanes diese Meldung an den ...

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Er kann von jedem im Krisenstab eine Meldung auffangen. Ich kann nicht verhindern, dass er eine Meldung von der Polizei auffängt, das kann ich nicht verhindern.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Haben sie die Bestätigung, dass das wirklich vom Krisenstab hinausgegangen ist?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist tatsächlich vom Krisenstab hinausgegangen, aber nicht von mir.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wissen sie das, hat sich irgendeiner vom Krisenstab dazu bekannt, dass er diese Meldung an den Herrn Brunhofer weitergegeben hat? Weil sie behaupten es in diesem Schreiben. Dann müssen sie Kenntnis haben, dass irgendjemand aus dem Krisenstab das so weitergegeben hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ist ja klar, wenn er daneben gestanden ist, dass er alles mitgehört hat.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Warum, das ist doch nicht die Aussage. Sie stellen hier einen Persilschein aus mit Vermutungen. Sie haben ganz offensichtlich, wenn ich sie jetzt interpretiere, von niemandem aus dem Krisenstab gehört, dass er dem ORF-Journalisten die Meldung gegeben hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Im Krisenstab war es so, dass der Polizeibeamte und ich drinnen gewesen sind und der Herr Brunhofer war auch zugegen. Ob der das jetzt beim Rausgehen gehört hat, oder wie er noch im Türstock gestanden ist, oder ob er das direkt drinnen beim Filmen mitbekommen hat, das weiß ich nicht. Auf alle Fälle hat er das vom Krisenstab übernommen, aber nicht als autorisierte Meldung von mir.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Das heißt, sie vermuten, dass es aus dem Krisenstab ist, oder haben sie dafür eine Bestätigung?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das weiß ich, weil das ja genau zu diesem Zeitpunkt gesagt worden ist. Ich kann mich noch genau erinnern, wie der Herr Schrottenholzer aus dem Häusl war, weil den hat das ja schockiert, weil man nicht gewusst hat, was man gleich tun soll. Ich habe gleich zum Herrn Magistratsdirektor gesagt, bitte sofort überprüfen, ob diese Meldung stimmt. In der Zwischenzeit war der Herr Brunhofer schon draußen. Wie der Magistratsdirektor zurückgekommen ist, hat er bestätigt, dass da nichts passiert ist.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Herr Bürgermeister, was hat sie dann dazu bewogen - bei der letzten Gemeinderatssitzung und in allen Gesprächen dazwischen - zu sagen, so ein Blödsinn was da verbreitet worden ist, das ist unseriös und stimmt nicht?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Jetzt sagen ich ihnen einmal eines, sie können mir glauben, dass das für mich in dieser Phase keine angenehme Meldung war und dass ich zuerst einmal nicht gerade glücklich war, dass diese Meldung so hinausgegangen ist. Ich bin in der Pressekonferenz gefragt worden, was die Probleme im Krisenstab waren und ich habe dort gesagt, das Problem für mich war, dass es Hiobsbotschaften gegeben hat, die nachträglich korrigiert werden mussten. Das war eines der wesentlichen Probleme. Wie die hinausgegangen sind, das ist wieder etwas anderes. So war es.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Noch einmal, das ist keine Antwort auf die Frage.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich muss mich entschuldigen, dass ich geholfen habe.
Ich glaube nicht, dass ein anderer Krisenstableiter anders gehandelt hätte als ich. Ich habe nur

nachträglich beim Gespräch mit den Journalisten auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass es bestätigte Meldungen gibt. Anscheinend hat er im Vorfeld schon Informationen gehabt und hat sie dann bestätigt bekommen, durch einen Mann des Krisenstabes, der das zufällig in unserem Kreis gesagt hat. So war es, ich kann mich da nicht anders rechtfertigen, das ist so.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Herr Mayrhofer, es gibt eine Wortmeldung für jede Fraktion und nicht eine Fragestunde an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich erkläre das ja eh gerne, das ist für mich ja kein Thema.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Lieber Kollege Bremm, wir wissen alle, was der Herr Bürgermeister in der Zwischenzeit alles gesagt hat.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich stehe auch dazu! Da soll mir einer mal erklären, wie er es besser machen hätte können.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Es ist ja nicht besonders angenehm, über diese Geschichte noch einmal zu diskutieren. Es ist aber vor allen Dingen auch nicht besonders angenehm für mich, wenn ich in der offiziellen Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters, von dir lieber David, als Populist hingestellt werde, obwohl ich versucht habe, mich an die Fakten zu halten und die Fakten liegen am Tisch. Also, wir wissen mittlerweile alle, dass das so abgelaufen ist, wie du es jetzt erklärt hast. Es gibt zwar eine andere Betrachtungsweise des Journalisten, aber wie gesagt, das ist die eine Aussage von dir und die andere vom Journalisten. Um was es mir bei dieser ganzen Angelegenheit eigentlich geht, wie ist dann dieser - ich sage jetzt einmal Persilschein, das ist ja schon gefallen - wie ist das dann zustande gekommen. Denn da hätte ich als Bürgermeister ja sagen können, okay, das ist geredet worden und es hat sich Gott sei Dank als Gegenteil herausgestellt, sind wir froh, dass nichts passiert ist. So etwas passiert halt nun einmal in einem Krisenstab. Okay, das wäre genug gewesen. Aber wie gibt es das, dass dann in dem Schreiben steht, diese Meldung eines Dammbruches usw., und sie als ORF-Journalist im Sinne des oberösterreichischen Katastrophenschutzplanes weitergegeben, demnach steht fest, dass diese Meldung nicht durch Gerüchte, sondern von ihnen korrekt recherchiert und weitergegeben worden ist usw. Wie gibt es das; okay, im Kuddelmuddel, da kommt da eine Meldung und dort eine Meldung herein, da kann es einmal passieren, dass eine Falschmeldung dabei ist, aber wie gibt es das, dass du als Bürgermeister dann so ein Schreiben an einen Journalisten schickst, obwohl das vielleicht in zwei, drei Sätzen in der Öffentlichkeit klargestellt hätte werden können, das verstehe ich nicht. Da würde ich dich jetzt wirklich bitten, darüber dem Gemeinderat genau Auskunft zu geben und das war ja auch meine Intention dort drinnen, dem Gemeinderat einmal zu erklären, dass ein Journalist des ORF so ein Schreiben von dir in der Hand hat und du dann aber während der diversen Pressekonferenzen und im letzten Sondergemeinderat, auch wiederum das Gegenteil erklärst. Das Peinliche dabei ist nicht das, dass die Geschichte mit dem Journalisten passiert ist und dass das irgendwie durch einen hohen Polizeioffizier hinausgetragen wird und dann kommt man drauf, Gott sei Dank passiert es nicht und dann macht man eine Gegenmeldung dazu, aber du setzt dann noch etwas drauf und gibst ihm diesen Persilschein. Jetzt musst du uns das bitte erklären, warum das so gewesen ist, denn das wäre ja gar nicht notwendig gewesen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Okay, dann erkläre ich das noch einmal.
Es war im Krisenstab ja nicht gerade einfach, alle Meldung zu korrigieren und auch alle Meldungen die falsch hinausgegangen sind zu korrigieren, sondern es war in den ersten beiden Tagen unser tägliches Brot im Krisenstab, dass wir alle Meldungen, die notwendig waren, über ORF und verschiedene Medien - über den Herrn Dr. Chvatal - zum ORF weiterzuleiten. Und es war äußerst

hilfreich für uns, dass es so gut funktioniert hat und ich habe mich in dieser Form auch beim Herrn Brunhofer noch einmal bedankt, weil es gut funktioniert hat und weil er offensichtlich nach dieser Pressekonferenz besonders sauer war. Und weil ich dort diese Meldung von mir gegeben habe, habe ich gesagt, gerade deswegen schreibe ich das auch noch einmal, denn das waren vielleicht die Emotionen, die in der ersten Phase auch noch mitgespielt haben, wo wir uns wirklich geärgert haben, dass das so passiert ist; dass sich nachher herausstellt, dass er recherchiert hat und dass die Recherche aus seiner Sicht völlig in Ordnung war, das ist halt so. Das muss ich akzeptieren.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wieso soll ich das nicht zulassen, es kann doch jeder sagen, was er will.

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Der mediengeile Journalist hat es geheißen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Von mir nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber das hat nicht der Herr Bürgermeister gesagt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So etwas sage ich nicht, sondern ich war froh, dass es so gelaufen ist. Bitte glaubt mir das, es ist so gewesen und ich stehe da nicht an, dass ich die Wahrheit hier total auf den Tisch lege. So war es und bitte versteht, dass ich die Verbindungen zu den Journalisten auch pflegen möchte und möglichst gute Verbindungen zu den Journalisten pflegen möchte, selbstverständlich. Ich bin froh, dass ich sie in solch einer Situation auch habe und in so einer Situation auch verwenden kann und dass sie mich auch bei meiner Arbeit im Krisenstab unterstützen. Das ist doch eine ganz wesentliche Funktion. Ich hoffe, das versteht auch jeder. Mir ist es dabei nicht gut gegangen, das sage ich euch auch.

Das ist eh die Pflicht des ORF!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na ja, er kann so oder so berichten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ja, auch der Frau Frech steht eine Wortmeldung zu, Herr Bürgermeister, auch wenn es ihnen nicht behagen mag.
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ich glaube, die Diskrepanzen zwischen dem, was in dieser Pressekonferenz bzw. in diesem Gemeinderat gesagt worden ist und dem, was die Tatsachen waren, diese Diskrepanzen sind hinreichend aufgezeigt worden. Aber weil diese Pressekonferenz heute schon so oft angesprochen worden ist, gestatten sie mir auch noch eine kleine Anmerkung dazu. Mich würde interessieren - auch wenn der Kollege Bremm wieder sagt, das ist keine Fragestunde - diese bewusste Pressekonferenz vom 20. August, war das eine Pressekonferenz der Stadt Steyr oder war das eine Pressekonferenz der SPÖ? Diese Pressekonferenz - soweit mir bekannt war, war es eine Pressekonferenz der Stadt Steyr, und ich wollte mich damals, nachdem es vorher keine Informationssitzung gegeben hat, informieren, ich wollte wissen, was sagt man jetzt der Presse, nachdem sie ja auch betont haben, wie wichtig sie ist und ich bin beim Eingang schon vom Magistratsdirektor hinausgeschmissen worden. Mit der Begründung, ich bin kein Mitglied der Presse und das ist eine nicht öffentliche Pressekonferenz.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Mich würde jetzt interessieren, war das eine Pressekonferenz der SPÖ im Stadtsenatssaal, war das eine des Bürgermeisters, oder war das eine der Stadt Steyr?
Was diese Diskrepanzen anbelangt, so muss ich nur sagen, es tut mir Leid, dass ich in dieser kurzen Phase, die sie Herr Bürgermeister jetzt im Amt sind, sehr häufig den Eindruck habe, dass am Tag A nur A gesagt wird, dass am Tag B nur B gesagt wird und dass am Tag C nur C gesagt wird und das alles zum gleichen Thema. Das bedaure ich zutiefst, ich möchte dazu gar keine weiteren Beispiele bringen. Nur soviel, nachdem der Kollege Bremm bei einem anderen Tagesordnungspunkt gemeint hat, ich würde etwas unterstellen, ich darf ihnen zur Kenntnis bringen, ich habe hier das Schreiben vom 5. Oktober 2001, wo es um die Produktionsschule geht, seitens des BFI, ich gebe es ihnen, Herr Bürgermeister, für das Protokoll, „Lieber Hermann, ich darf mich in besonderer Weise auch für die, von dir zugesagte Aufstockung des Förderungsbetrages sehr herzlich bedanken." Das heißt, es hat diese Zusage gegeben. Es gibt ein weiteres Schreiben vom 19. Juni 2002. „Sehr geehrter Herr Bürgermeister Forstenlechner, lieber David! Eine Kostenübernahme wurde damals seitens der Stadt - wie im beiliegenden Brief dargestellt - zugesichert." Also, es hat diese Zusagen gegeben.

GR Dr. Wilfrid Wetzl verlässt um 19.03 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich darf noch ganz kurz zum Thema Pressekonferenz antworten. Es war eine Pressekonferenz des Bürgermeisters und es war in der Vergangenheit immer schon so, dass da die Journalisten geladen sind und dass das nicht eine für jeden öffentliche Pressekonferenz war, weil der Platz dazu auch gar nicht gewesen wäre. Wenn da dann alle herinnen sind, ich glaube nicht, dass das dann funktionieren würde. Wir haben das so gemacht, eine Pressekonferenz des Bürgermeisters, bitte verstehen sie das auch so.

Der Herr Dr. Pfeil hat sich im letzten Augenblick hereingeschwindelt.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Da unterstellen sie mir, dass ich etwas Unrechtes getan habe.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich wollte es genau wissen und es war tatsächlich kein Platz mehr. Ich bin die ganze Pressekonferenz gestanden, es ist mir auch kein Sitzplatz angeboten worden.

Unverständlicher Zwischenruf von Vizebgm. Gerhard Bremm

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber wir haben in der letzten Zeit ja einige Konferenzen der FPÖ im Fernsehen miterlebt, da war die Presse komplett ausgesperrt. Okay, das war keine Pressekonferenz, die haben sie dann wieder öffentlich gemacht.

Gibt es von der GAL noch ein Thema zur „Aktuellen Stunde"?
Nein gibt es nicht. So, damit sind wir am Ende der heutigen Gemeinderatssitzung. Wir haben heute EURO 1.297.720,-- beschlossen.
Herzlichen Dank.

ENDE DER SITZUNG: 19.05 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Rosa Rahstorfer, GR Günter Fürweger